

Palästina Journal

Ausgabe 12 · Dezember 2017
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Hebron

Nachrichten aus Palästina

Weltkulturerbe al-Khalil/Hebron
Siedlung Kiryat Arba gründet auf Lüge
Lifta in Gefahr

Kommentare

Kinder in Haft – Bundesregierung muss handeln
Versöhnung Fatah/Hamas – eine Mammutaufgabe



palestinians
should be free.

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Jürgen Sandler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösche-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de



Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2017 einmal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen
zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODED1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Issa Amro, Menschenrechtsaktivist in Hebron,
Direktor von Youth Against Settlements

FOTO // URSULA MINDERMANN

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 12 · Dezember 2017



- 03 Nachrichten aus Palästina** // Siedlung Kiryat Arba gründet auf Lüge / Weltkulturerbe al-Khalil / Kollektivtraite / Neue Siedlung in Hebron / Kolonie in der Shuhada-Straße / UN-Database zu Firmen / Abriegelung / Versöhnung von Hamas und Fatah / Hinweise auf Apartheid / Pressefreiheit / Lifta in Gefahr / Kirche verkauft Land / Banksy-Hotel in Betlehem / Palästina bei Interpol / Tödliche Arbeitsunfälle / Widerstand in Gaza
- 06 Schwerpunkt Hebron** // Kein normales Leben in Hebron / Zeittafel
- 11 Kommentare** // Kinder in Haft – Bundesregierung muss handeln / Versöhnung – eine Mammutaufgabe
- 12 Deutsche und EU-Nahostpolitik** // // Eine neue Antisemitismus-Nichtdefinition / „The Lobby“ deckt auf / Malu Dreyer in Israel Palästina / CDU gegen BDS / Forderungen der Europäischen Linken / Städtepartnerschaft Mannheim Hebron / Kritik am Siedlungsbau / U-Boot-Deal mit Israel / EU-Staaten fordern von Israel Entschädigung / Blairs späte Einsicht
- 14 Aktivitäten** // DPG organisiert Rundreise mit Issa Amro und Reise nach Hebron / Konferenz „Zur Zeit der Verleumdung“ / Oster-Reise nach Palästina / Protest vor Paulskirche / DPG lobt UN-Resolution gegen Siedlungsbau / DPG reiste mit Bundespräsident nach Israel Palästina
- 16 Schwerpunkt Hebron** // Familie Azza aus Hebron
- 17 Weltweite Solidarität** // Aktionstag am 9. November „Für eine Welt ohne Mauern“ / Besuch im Kloster Cremisan / Kritik an Reformationsreise-Botschaft / Cinema Jenin geschlossen / Bischofstreffen zu Besatzung / Solidarität International unterstützt BDS / GEW und Siedlungen / Al-Mitarbeiter Einreise verweigert / Kongress-Unterstützung für Issa Amro / Protest-Tour in Hebron / Schweizer Protest gegen Neutralitätsverstoß
- 20 Medienempfehlungen** // Film: 18 Kühe zwischen zwei Fronten / Theater: Ich werde nicht hassen / Kalender / Film: Ghost Hunting / Buch: Hamas – Die islamische Bewegung in Palästina / Buch: Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung / Buch: Palästina – Hundert Jahre leere Versprechen / Wander-Ausstellung: Frieden / Konzert: Aeham Ahmad / Kunstprojekt
- 22 Poesie** // Was sie sagte von Lisa Suhair Majaj
- 23 Projekthilfe** // Jugend gegen Siedlungen – Youth Against Settlements
- 24 Kunst** // al-Khalil/Hebron, Palästina ©Ahlam Shibli

Liebe Leserinnen und Leser,

im geteilten Hebron zeigt sich die von Siedler*innen ausgeübte Gewalt besonders krass. Hier zu widerstehen, verlangt den Menschen viel ab. Dazu kommt, dass alltägliche Dinge wie Besuche, der Gang zum Kindergarten, zur Schule oder zum Laden stark eingeschränkt sind. Israelisches Militär und Grenzpolizei sind präsent. Kontrollen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen können jederzeit stattfinden, wie es einem Redaktionsmitglied bei einem Besuch in einer NGO in Hebron selbst widerfuhr. In dieser Ausgabe wollen wir Ihre Aufmerksamkeit auf Hebron lenken.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

FOTO // CPT



Auseinandersetzungen in Hebron

KIRYAT ARBA GRÜNDET AUF LÜGE

Was lange vermutet wurde, hat die Zeitung Haaretz nun durch ein bislang geheim gehaltenes Dokument „Die Methode, um Kiryat Arba zu gründen“ enthüllt: Der israelischen Regierung unter Moshe Dayan und Golda Meir war durchaus bewusst, dass sie mit dem Bau von Siedlungen gegen internationales Recht verstoßen. Um die Kolonie Kiryat Arba bei Hebron, in der heute 8.000 israelische Siedler*innen leben, errichten zu können, wurde palästinensisches Land zu militärischen Zwecken enteignet. Vom Militär wurden dann 250 Siedler-Wohnungen gebaut. Nach außen wurde gesagt, die Häuser würden als Winterquartier der Armee dienen, während für die israelische Regierung feststand, dass dort die jüdischen Hausbesetzer des palästinensischen Park Hotels in Hebron aus dem Jahr 1968 eine dauerhafte Bleibe bekommen sollten.

WELTKULTURERBE AL-KHALIL/HEBRON

Die UNESCO hat die Altstadt von Hebron zum Weltkulturerbe erklärt und darüber hinaus auf die Rote Liste gefährdeter Stätten gesetzt. Die Entscheidung für Hebron fiel in einer geheimen Abstimmung mit 12 Stimmen dafür, drei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen. Die UNESCO will mit ihrer Entscheidung insbesondere die in der Mamluken-Zeit zwischen 1250 und 1517 entstandenen Bauten in der Altstadt und die Abrahammoschee schützen. Das palästinensische Außenministerium begrüßte die UNESCO-Entscheidung als Sieg für Toleranz und Vielfalt. Die USA und später Israel kündigten ihren Austritt aus der UNESCO an.

KOLLEKTIVSTRAFE

Am 28. September hat Nimer Mahmoud Jamal, 37, aus Beit Surik vor der Siedlung Har Adar einen Grenzpolizei-Offizier und zwei Siedlungs-Sicherheitskräfte, SGT Solomon Gavrya, 29, Yusef Othman, 25, und Or Arish, 25, getötet. Er wurde vom Siedlungs-Sicherheitskoordinator erschossen. Daraufhin führte das israelische Militär Strafmaßnahmen gegen die Bewohner von neun Dörfern im Gebiet von Beit Surik, nordwestlich von Jerusalem durch, wie die israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem berichtete. Betroffen waren etwa 40.000 Menschen. Soldaten drangen in Häuser ein, beschädigten Besitz, konfiszierten Autos. Es fanden viele Verhaftungen statt. Das Haus von Nimer Mahmoud Jamal, in dem zwei seiner Brüder lebten, wurde zerstört.

KOLONIE IN DER SHUHADA-STRASSE

Zum ersten Mal seit 15 Jahren will die israelische Regierung auch im Herzen der zweitgrößten palästinensischen Stadt, in Hebron, eine Kolonie errichten. 31 Wohnungen sollen an der Shuhada-Straße entstehen. Die Stadtverwaltung und das Komitee für eine Revitalisierung Hebrons wollen vor dem israelischen Gericht dagegen Klage einreichen. Mit dem Bau der Wohnungen würden die Rechte der Stadt Hebron verletzt. Das bestätigt auch eine Rechtsmeinung der israelischen Zivilverwaltung aus dem Jahr 2007 wie die israelische Friedensorganisation Peace Now berichtete. Israel plant derzeit weitere 3.829 Wohneinheiten in Siedlungen zu bauen.

UN-DATABASE ZU FIRMEN

Der UNO-Menschenrechtsrat hat mit 32 Stimmen bei 15 Enthaltungen beschlossen, eine Database einzurichten, in der alle Unternehmen, die in illegalen Siedlungen tätig sind, aufgelistet werden. Die Veröffentlichung dieser Liste verzögert sich seit Monaten. Mittlerweile soll die UN nach Presseberichten Briefe an 150 Unternehmen verschickt haben, die in Siedlungen tätig sind. Darunter sollen auch deutsche Firmen sein.

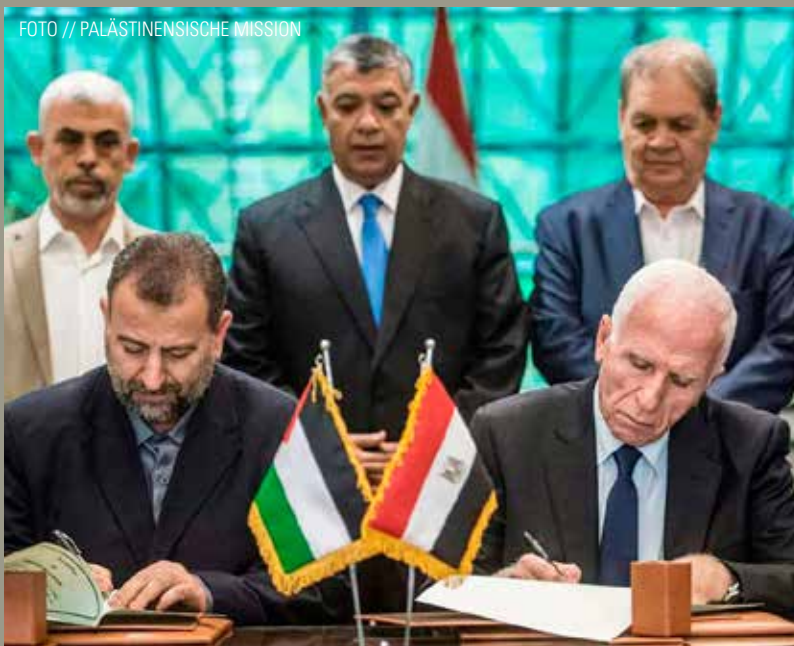
ABRIEGELUNG

Elf Tage lang hatte die israelische Regierung während der jüdischen Feiertage im Oktober die Westbank abgeriegelt. Auch für palästinensische Arbeiter waren die Kontrollpunkte nach Israel geschlossen.

Versöhnung von Hamas und Fatah

Am 12. Oktober haben Hamas und Fatah unter Vermittlung Ägyptens ein Versöhnungsabkommen als Zeichen der palästinensischen Einheit und als ersten Schritt zur Bildung einer nationalen Versöhnungsregierung unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht eine Machtübergabe der Hamas an die Palästinensische Autonomiebehörde vor. Die Abbas-Regierung übt bereits auf der palästinensischen Seite die Kontrolle der Grenzen des Gazastreifens aus. Noch in diesem Jahr soll die nationale Versöhnungsregierung die Verwaltung im Gaza-Streifen übernehmen. Eine Lösung für die öffentlichen Angestellten in Gaza ist angestrebt. Im Oktober 2017 wurde zum ersten Mal seit drei Jahren eine Kabinettsitzung unter dem palästinensischen Ministerpräsidenten Rami Hamdallah im belagerten Gaza-Streifen abgehalten, teilte PLO-Generalsekretär Saeb Erekat mit.

FOTO // PALÄSTINENSISCHE MISSION



Azzam Al-Ahmad (Fatah), re. und Saleh Al-Aroui (Hamas), li. unterzeichnen in Kairo das Versöhnungsabkom-

HINWEISE AUF APARTHEID

Die Veröffentlichung eines Berichts der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (ESCWA) über die israelischen Praktiken gegenüber dem palästinensischen Volk im März 2017 hat einen politischen Sturm ausgelöst, wie die palästinensische Botschaft in Berlin mitteilte. Nach intensivem Druck seitens Israels und seiner politischen Verbündeten zog der UN-Generalsekretär Guterres den Bericht zurück. Die ESCWA-Leiterin Rima Khalaf trat aus Protest zurück. Der UN-Bericht zur israelischen Besatzung kommt zu dem Ergebnis, dass die offizielle israelische Politik auf eine Spaltung der Palästinenser*innen abziele und damit als „Apartheid-Regime“ agiere. Die stellv. UN-Generalsekretärin und ESCWA-Exekutivsekretärin Rima Khalaf erläuterte, dass es sich um den ersten Bericht eines UN-Gremiums handelt, das **„klar und deutlich zu dem Schluss kommt, dass Israel ein rassistischer Staat ist, der ein Apartheid-System gegründet hat, um das palästinensische Volk zu unterdrücken.“**



Israelische Checkpoints im besetzten Palästina sind Teil des Besatzungssystems.

PRESSEUNFREIHEIT

Die israelische Armee ist im Oktober in Büros von acht TV-Sendern und Produktionsfirmen in der Westbank eingedrungen, wie Sabeel mitteilte. Einige wurden geschlossen, anderen wurde die Ausrüstung genommen. Zwei palästinensische Journalisten wurden verhaftet.

GEFAHR FÜR LIFTA

Das entvölkerte Dorf Lifta bei Jerusalem ist eines der wenigen intakten verlassenen palästinensischen Dörfer in Israel. Das seit 1948 erhalten gebliebene Dorf, in das seine ursprünglichen palästinensischen Einwohner*innen nicht zurückkehren durften, zählt nun zu den 25 vom Welt-Baudenkmal-Fonds (World Monument Fund), einer in New York ansässigen NGO, genannten bedrohten Standorten weltweit. Vor kurzem versuchten israelische Immobilienunternehmen in Lifta Luxusimmobilien zu bauen. Der Welt-Baudenkmal-Fonds drängte die Behörden in Jerusalem, die Pläne zurückzuweisen.

FOTO // RÖM



Am Jaffa-Tor in Ostjerusalem, rechter Hand befinden sich Immobilien der orthodoxen Kirche.

ORTHODOXE KIRCHE VERKAUFT LAND

Die griechisch-orthodoxe Kirche verkauft Grund und Immobilienbesitz in Jerusalem und anderswo in Israel zu Schleuderpreisen. Sie gehen an Firmen in Steueroasen, deren Besitzer*innen nicht bekannt sind. Nach einem Bericht der Zeitung Haaretz sind zuletzt 240 Wohnungen, ein Einkaufszentrum und weitere Flächen in Jerusalem für 3,3 Millionen Dollar verkauft worden. Regulär bezahle man für eine kleine Wohnung in dieser Gegend circa 570.000 Dollar. Nach einigen Jahrzehnten kann der neue Besitzer dann frei über diese Immobilien verfügen. Die Mieter*innen fürchten, ihre Wohnungen zu verlieren. Vor kurzem kam es deshalb zu Protesten vor dem Sitz des Patriarchen in Jerusalem. Die Kirche ist nach Angaben von Haaretz die zweitgrößte Immobilienbesitzerin in Israel. Den ersten Verkaufs-Kontrakt vermutet Haaretz 2011 als die Kirche Grundstücke in Talbieh, Rehavia and Nayot einer Gruppe israelischer Unternehmer mit dem Namen Nayot Komemiyut übertrug.

BANKSY-HOTEL IN BETLEHEM

Anfang des Jahres wurde in Betlehem durch den Künstler Banksy das „Walled Off Hotel“ eröffnet. Vom Fenster des Hotels in der palästinensischen Stadt blickt man auf die israelische Trennmauer, die direkt vor dem Haus verläuft. Bei einer Feier in London wurde dem Hotel der Preis des besten Kunst-Hotels der Welt verliehen.

PALÄSTINA BEI INTERPOL

Palästina ist Vollmitglied bei INTERPOL geworden. Mehr als 75% aller Mitglieder stimmten laut Auskunft der palästinensischen Botschaft in Berlin für die Aufnahme Palästinas. Auch PLO-Exekutivmitglied Hanan Ashrawi begrüßte den Schritt: „Wir glauben an ein System, das auf der globalen Rechtsstaatlichkeit und einem ordnungsgemäßen Prozess beruht.“ Man werde an den Bemühungen festhalten, die Mitgliedschaft in weiteren multinationalen Vereinigungen und Organisationen zu suchen, fügte Frau Ashrawi hinzu.

TÖDLICHE ARBEITSUNFÄLLE

Die israelische Arbeiter*innenhotline „Kav LaOved“ berichtet, dass im Jahr 2017, von Januar bis November, 28 Arbeiter*innen auf dem Bau tödlich verunglückt sind, 186 wurden verletzt. Die Organisation macht dafür auch ungenügende gesetzliche Vorschriften im Rahmen der Arbeitssicherheit verantwortlich. Rund 70.000 Palästinenser aus dem besetzten Palästina arbeiten derzeit in Israel, die meisten von ihnen auf dem Bau, weitere 30.000 arbeiten in israelischen Siedlungen (Zum Vergleich: In Deutschland gab es 2016 im Baugewerbe 73 tödliche Arbeitsunfälle).

WIDERSTAND IN GAZA

Laut dem Monats-Bericht der UNWRA vom Oktober 2017 hat die israelische Armee am 29. September und 6. Oktober auf demonstrierende Zivilist*innen, die in der Nähe des Zauns in verschiedenen Gegenden Gazas gegen die Blockade demonstrierten, Tränengas und Geschosse abgefeuert. Fünf Palästinenser*innen wurden dabei verletzt.

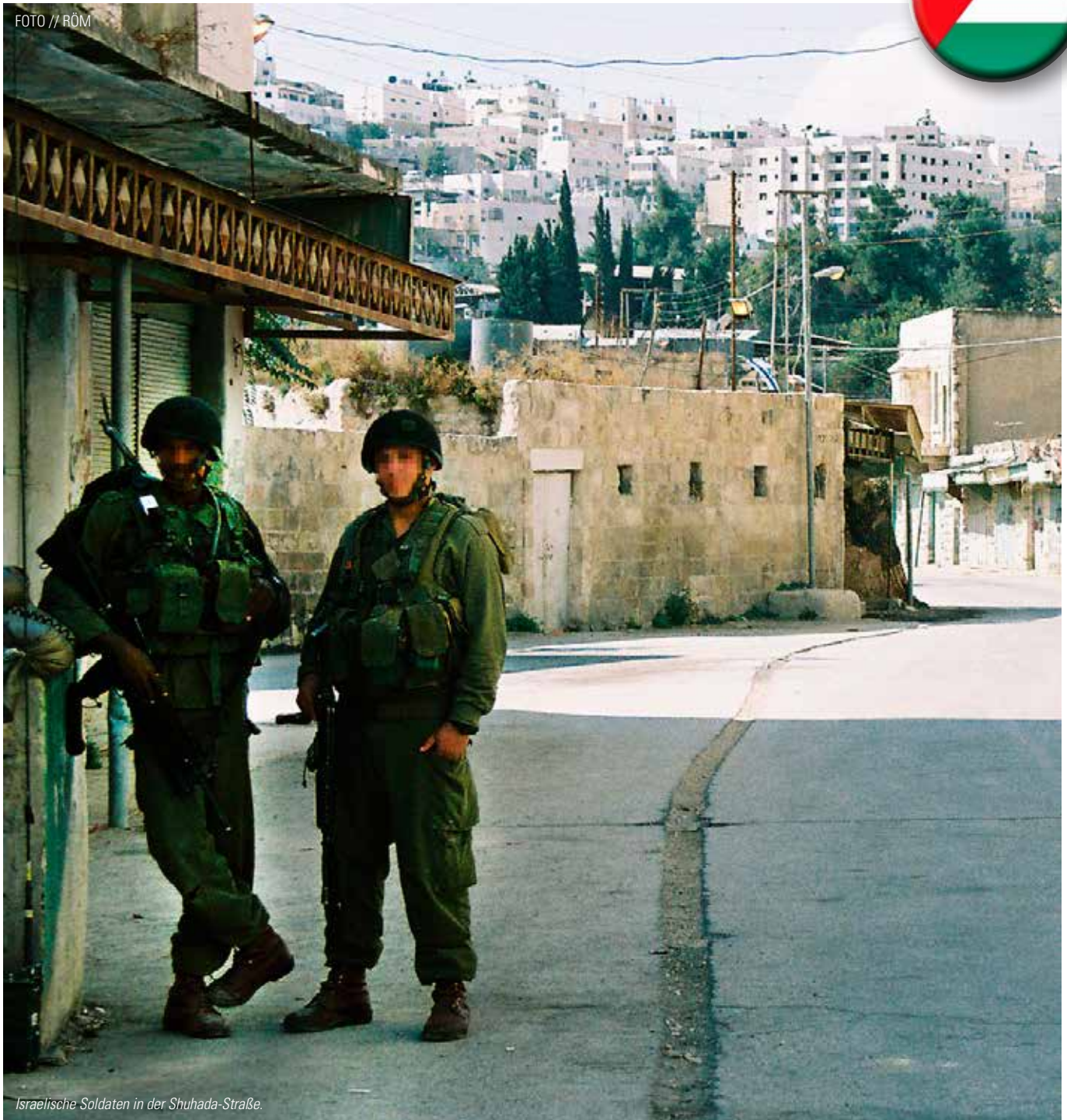
Schwerpunkt: Hebron

Kein normales Leben in Hebron

Hebron (arabisch: Al-Khalil) ist mit ihren rund 200.000 Einwohner*innen die zweitgrößte Stadt im Westjordanland nach Jerusalem. Hebron ist eine Stadt voller Geschichte und Tradition, in der sich, so glaubt man, das Grab Abrahams befindet, und die daher Muslim*innen, Christ*innen, Jüdinnen und Juden heilig ist. Die Stadt liegt auf einer der größten Gebirgsketten Palästinas auf 900 Meter Höhe. Sie ist das wirtschaftliche Zentrum des Westjordanlands mit einem blühenden sozialen und wirtschaftlichen Leben sowie mit Universitäten, Theater und Sportstätten.



FOTO // RÖM



Israelische Soldaten in der Shuhada-Straße.

JUDENTUM IN HEBRON

[] Wie in den anderen Teilen Palästinas war die jüdisch-arabische Gemeinschaft in Hebron über Jahrhunderte fester Bestandteil der überwiegend muslimischen Gesellschaft. Ihre Muttersprache war Arabisch, und Jüdinnen und Juden, Christ*innen und Muslim*innen lebten friedlich zusammen. Es gab jüdische Schulen, Synagogen und einen Friedhof. Sowohl Jüdinnen und Juden als auch Muslim*innen waren im Stadtrat vertreten. Es gab gemeinschaftliche Geschäfte und die Oberhäupter beider Gemeinschaften wurden respektiert. Die jüdischen Bewohner*innen Hebrons wandten sich bei Problemen an lokale islamische Gerichte. Ihr Anteil an der lokalen palästinensischen Bevölkerung betrug 1922 etwa 7%.

Mit den jüdischen Einwanderungswellen kam es zunehmend zu Spannungen mit der lokalen Bevölkerung. 1929 führte ein Streit um die Nutzung der Klagemauer in Jerusalem auch zu Aufständen in Hebron. Muslim*innen begannen jüdische Häuser zu attackieren und 67 Jüdinnen und Juden sowie 21 Muslim*innen wurden ermordet. Rund 400 jüdische Hebronener*innen aus 19 Familien wurden von ihren muslimischen Nachbar*innen gerettet, dennoch evakuierten die britischen Behörden alle Jüdinnen und Juden nach Jerusalem.

Die heutigen Siedler*innen in Hebron sehen sich als Nachfahren der ursprünglichen jüdischen Bevölkerung Hebrons, auch wenn sich die meisten der ehemaligen jüdischen Bewohner*innen samt ihrer Nachkommen mehrfach öffentlich von diesen Siedler*innen distanziert haben. So unterzeichneten 1996 vierzig von ihnen eine Petition zur Räumung der Siedlungen in der Stadt Hebron.

MUSLIMISCHES LEBEN

[] Im Vergleich zu anderen palästinensischen Städten und Gemeinden ist die muslimische Gesellschaft in Hebron eher konservativ. Abstammung und Blutsverwandtschaft stellen die wichtigsten sozialen Bindungen dar und die Gesellschaft organisiert sich über Familienverbände. Die vergleichsweise kleinen darunter haben weniger als 2.000, die größten über 20.000 Mitglieder. Jede Familie hat einen Mukhtar (einen alten weisen Mann) und einen Raum, genannt Diwan, für Familienzusammenkünfte und Feiern. Im Falle von Konflikten innerhalb oder zwischen Familien bringen die Mukhtare die zerstrittenen Familien zusammen und lösen den Konflikt entsprechend den Normen und Traditionen in Hebron.

Großzügigkeit, Gastfreundschaft und Verantwortung füreinander werden in Hebron großgeschrieben. Anders als in anderen Städten auf dieser Welt gibt es daher keine Obdachlosen oder Hungernden. An einem Ort, genannt Tkiyah, werden täglich an Bedürftige Hunderte von Mahlzeiten ausgegeben, die von den Reichen Hebrons und anderen gespendet werden.

- **1880er Jahre** // Beginn der zionistischen Einwanderung mit dem Ziel, eine jüdische Heimstätte in Palästina zu schaffen. Es kommt zu Spannungen zwischen der lokalen palästinensischen Bevölkerung und den neuen Einwanderern.
- **1917** // Balfour Deklaration - die britische Regierung unterstützt eine jüdische Heimstätte in Palästina.
- **1920** // Das Völkerbundmandat für Palästina stellt Hebron unter die Aufsicht Großbritanniens.
- **1929** // Spannungen und Gewalt an der Jerusalemer Klagemauer. Massaker an Juden durch Palästinenser in Hebron: 67 Juden und 21 Muslime sterben, um die 400 Juden werden von ihren muslimischen Nachbarn beschützt. In der Folge evakuiert die britische Mandatsmacht alle Juden aus Hebron.
- **1941–45** // Völkermord durch die deutschen Nationalsozialisten an den Juden in Europa.
- **1947** // Die UNO beschließt mehrheitlich einen Teilungsplan für Palästina.
- **1947–1949** // Nakba (Katastrophe) – die gewaltsame Vertreibung von 750.000 Palästinensern aus ihren Häusern und von ihrem Land durch jüdische Milizen.
- **1948** // Das Völkerbundmandat endet, der Staat Israel wird ausgerufen, erster arabisch-israelischer Krieg, das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem und Hebron fallen unter jordanische Herrschaft.
- **1967** // Während des 6-Tage-Krieges besetzen israelische Streitkräfte die syrischen Golanhöhen, den Gazastreifen, das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem.
- **1968** // Israelische Bürger mieten für Pessach ein Hotelzimmer in Hebron, bevor sie ihre Absicht erklären, es nicht mehr zu verlassen.
- **1970** // Ein geheimer Kabinettsbeschluss billigt den Bau der neben Hebron gelegenen Siedlung Kiryat Arba'. Das Land wird zu militärischen Zwecken konfisziert. Die Hotelbesitzer kommen dort unter.
- **1980** // Siedler aus Kiryat Arba' übernehmen Häuser in der Innenstadt Hebrons, die bis 1930 jüdischen Bewohnern gehört hatten. Der israelische Ministerpräsident Menachem Begin lässt sie gewähren.
- **1984** // Erster Siedlungsbau in Tel Ru-meida in der Altstadt Hebrons.
- **1987–1993** // Erste Intifada.
- **1993** // Yasser Arafat und Yitzhak Rabin unterzeichnen die Osloer Verträge.
- **1994** // Goldstein-Massaker – Der jüdische Siedler Baruch Goldstein erschießt 29 muslimische Gottesdienstbesucher in der Abrahamsmoschee, über 100 werden verletzt. Die israelische Armee schließt daraufhin die Shuhada-Straße, die wichtigste Marktstraße Hebrons für palästinensische Fahrzeuge und verbietet Palästinensern, ihre Läden zu öffnen. Der UN-Sicherheitsrat fordert den Schutz der Palästinenser in Hebron.
- **1997** // Das Hebron Protokoll teilt die Stadt in H1 (unter Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde) und H2 (unter Kontrolle des israelischen Militärs). Das Abkommen sieht eine Öffnung der Läden vor. Die Shuhada-Straße wird wieder geöffnet, die Läden blieben aber geschlossen.
- **1997** // Die internationale Beobachtermission TIPH, die seit 1994 unregelmäßig in Hebron vertreten war, nimmt ihre Arbeit auf. Sie soll Völkerrechtsverstöße melden und dazu beitragen, dass Palästinenser*innen sich sicher fühlen können.
- **1998** // Im Anschluss an die Ermordung von Rabbi Shlomo Ra'an an wird die Shuhada-Straße erneut für palästinensische Fahrzeuge gesperrt.
- **2000** // Zweite Intifada.
- **2001** // Ein Teil der Shuhada-Straße wird dauerhaft für palästinensische Fahrzeuge und Fußgänger gesperrt. Die Türen werden versiegelt.
- **2006** // Aus Sicherheitsgründen zieht die TIPH ihre Beobachter wieder einmal aus der Stadt ab.
- **2015** // Das israelische Militär erklärt Teile von H2 zum militärischen Sperrgebiet, ausgenommen für registrierte palästinensische Anwohner. Israelische Siedler dürfen sich weiter frei bewegen.
- **2016** // Begrenzte Wiedereröffnung des militärischen Sperrgebiets in H2.
- **2017** // Die Altstadt von Hebron wird UNESCO-Weltkulturerbe.
- **2017** // Die israelische Regierung beschließt, dass 31 neue Siedlerhäuser in der Altstadt gebaut werden.

ZUSAMMENGESTELLT VON THIMNA BUNTE/ISSA AMRO/RÖM

GEWALT UND RECHTSVERLETZUNGEN

[] Sowohl an Checkpoints als auch überall in H2, wo die Armee patrouilliert, können Palästinenser*innen jeglichen Alters für einige Minuten bis zu mehrere Stunden in Haft genommen werden. Häufig sind diese Verhaftungen willkürlich. Sie betreffen auch Kinder. Das israelische Militärrecht erlaubt die Verhaftung von Kindern ab 12 Jahren. Ab einem Alter von 16 Jahren werden sie vor Militärgerichten als Erwachsene behandelt. Anders bei israelischen Jugendlichen: Sie gelten erst ab 18 Jahren als strafmündig. Immer wieder kommt es vor, dass selbst 5-jährige Kinder allein oder in Gruppen festgenommen werden.

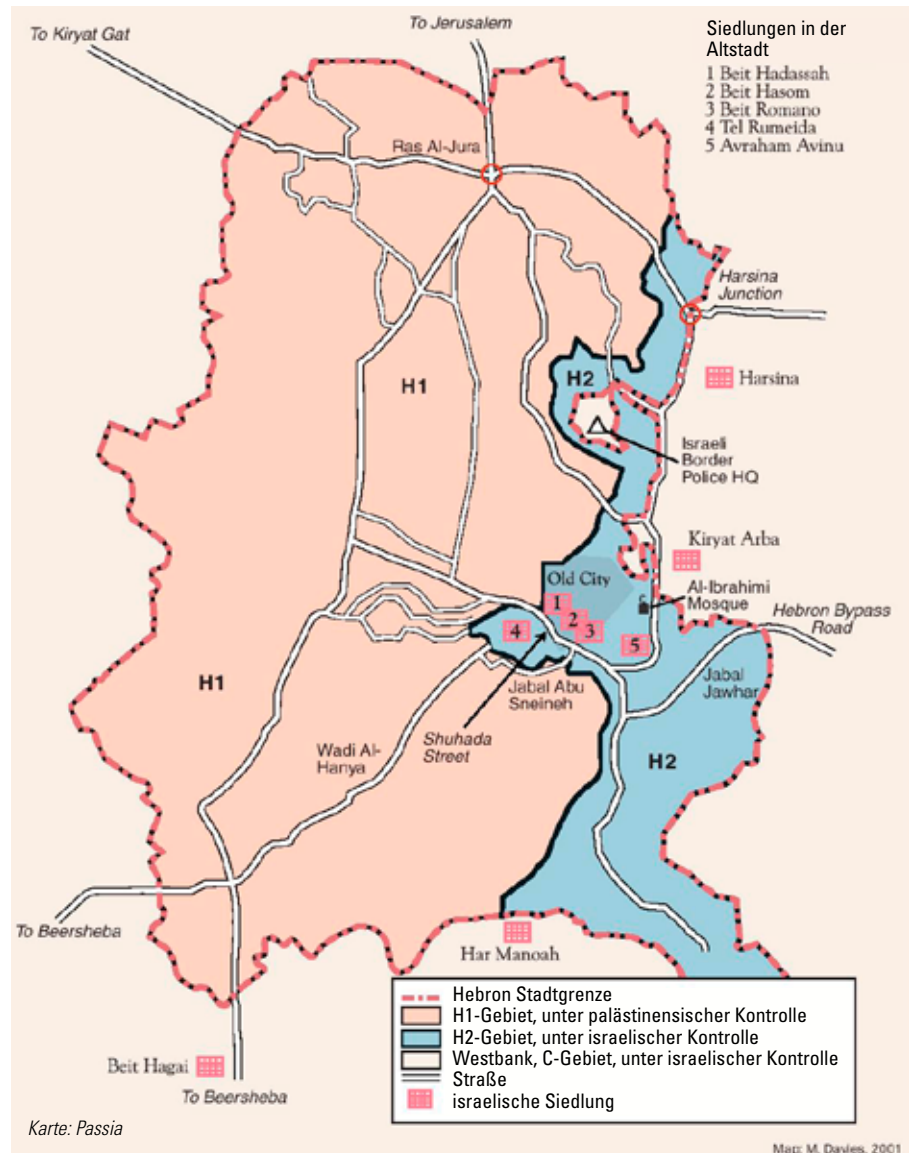
FOTO // CPT HEBRON



Der zehnjährige Malak am Tag nachdem er von der israelischen Grenzpolizei geschlagen worden war, 14. Januar 2017

Die meisten Häuser im H2-Gebiet wurden schon zu beliebigen Tages- und Nachtzeiten durchsucht. In einigen Fällen geschieht dies aufgrund von Verdachtsmomenten oder zur Kartierung, meist jedoch um Militärpräsenz zu zeigen. Während der Durchsuchungen werden die Hausbewohner*innen entweder in einem Raum eingesperrt oder bis zum Ende der Durchsuchung aus dem Haus verbannt. Die Schäden, die israelische Soldat*innen im Rahmen solcher Durchsuchungen anrichten, sind häufig erheblich. Um die 35 palästinensische Häuser sind darüber hinaus von der israelischen Armee für die Errichtung von Polizeiposten beschlagnahmt worden. Gelegentlich besetzt die Armee das Dach eines Gebäudes und verbietet der Familie häufig die Nutzung der oberen Etagen.

Der Missbrauch durch israelische Soldat*innen beinhaltet auch physische Gewalt. So waren israelische Soldat*innen und Polizeioffizier*innen an extremer Gewalt gegen Palästinenser*innen beteiligt, inklusive blutiger Schläge und Tötungen. Seit Oktober 2015 haben sie wiederholt Tötungen von Palästinenser*innen vorgenommen, von denen einige in keinerlei Zusammenhang mit Messerattacken gegen Israelinnen und Israelis standen. Der Großteil der gewalttätigen Übergriffe und Belästigungen sind mit Sicherheitsmaßnahmen und militärischer Notwendigkeit nicht zu rechtfertigen. Zeugnisse ehemaliger Soldat*innen von der israelischen Organisation Breaking the Silence bestätigen, dass sie eher dazu dienen, die Palästinenser*innen die israelische Besatzung spüren zu lassen.



SIEDLUNGSBAU IN HEBRON

[] Von Beginn der israelischen Besatzung des Westjordanlands 1967 an wurde die Ansiedlung von jüdischen Gemeinschaften in Hebron und dem näheren Umfeld erzwungen. Auch wenn die Siedlungen anfangs auf Eigeninitiative Einzelner beruhten, wurden Entwicklung und Ausbau über die Jahre von der israelischen Regierung unterstützt und gefördert.

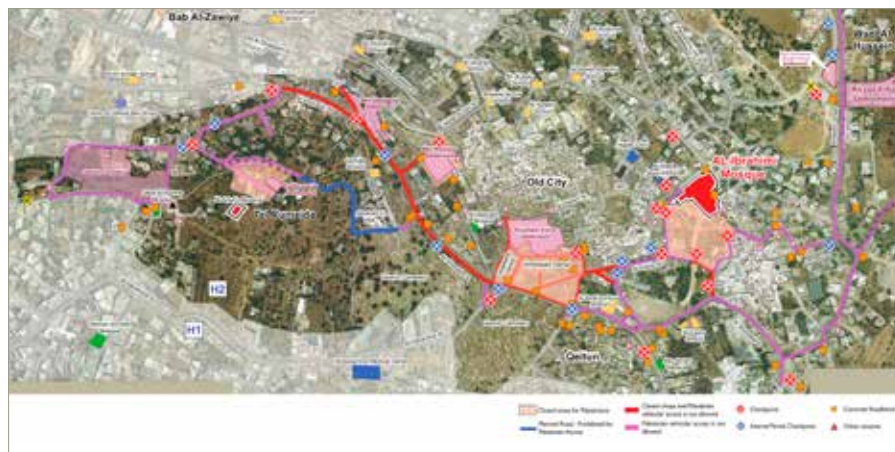
SIEDLUNGEN IN DER ALTSTADT VON HEBRON

[] Unter der Führung von Rabbi Mosche Levinger und unter dem Vorwand, das Passahfest feiern zu wollen, mietete 1968 eine Gruppe Israelinnen und Israelis für 48 Stunden ein Hotelzimmer in Hebron. Am Ende der Feiertage weigerte sie sich, das Hotel zu verlassen und verkündete über die Medien ihre Absicht zu bleiben. Israelische Kabinettsmitglieder unterstützten das Vorhaben und die israelische Armee ergriff Maßnahmen zum Schutz dieser Siedler*innen. Monate später einigte sich die israelische Regierung mit der Gruppe um Levinger auf die Errichtung einer Siedlung im Osten Hebrons. Dem stimmte die Knesset 1970 zu. In der Kiryat Arba' genannten Siedlung leben heute um die 8.000 Siedler*innen.

In der Nähe von Kiryat Arba' liegen die Siedlungen Givat Ha'avot and Givat Harsina. Südlich der Stadt liegt die Siedlung Beit Haggai. Seit 2007 hat die Siedler*innengemeinschaft mehrfach versucht, das zwischen Kiryat Arba' und der Altstadt von Hebron gelegene Gebäude Al Rajabi/Beit Shalom zu besetzen. In den vier Siedlungen im Inneren der Stadt, Beit Hadassah, Beit Romano, Avraham Avinu und Tel Rumeida, leben um die 500 Siedler*innen. Sie bewohnen teilweise die oberen Etagen von Gebäuden, in deren unteren Geschossen Palästinenser*innen wohnen. Die vier Siedlungen sind über die Shuhada-Straße miteinander verbunden, die bis nach Kiryat Arba' führt. Seit 1994 und 2001 ist der Zugang zur Shuhada-Straße für Palästinenser*innen, einschließlich der palästinensischen Anwohner*innen, streng begrenzt. Zum Schutz der Siedler*innen positioniert das israelische Militär ca. 1.500 Soldat*innen in der Stadt.

AUSWIRKUNGEN AUF DAS LEBEN DER PALÄSTINENSER*INNEN

Die bereits beschriebene Politik der Trennung und die harschen Maßnahmen struktureller Gewalt in Hebron haben Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der Palästinenser*innen. Das soziale Leben in H2 und zwischen H1 und H2 wird immer schwieriger. Bis 2006 hatten Bewohner*innen von mehr als 1.000 Wohneinheiten – rund 42% der Wohneinheiten dieser Gegend – ihre Häuser verlassen. Darüber hinaus wurden über 1.800 palästinensische Geschäfte entweder auf direkten Militärbefehl hin oder durch äußeren Druck durch die Segregationsmaßnahmen der Armee geschlossen, was mehr als drei Viertel aller Geschäfte in der Gegend ausmacht. Zwei Tankstellen in der Shuhada-Straße wurden geschlossen und eine einst beliebte Bushaltestelle in einen Militärposten verwandelt. Wirtschaftliches Leben ist buchstäblich unmöglich geworden, und das Leben im Allgemeinen wird immer unerträglicher. Je näher die Häuser an Siedlungen liegen, desto wahrscheinlicher werden sie von ihren palästinensischen Bewohner*innen verlassen. Bewohner*innen in H2 müssen auch auf grundlegende Dienste verzichten. Abwasserentsorgung und Müllabfuhr sind stark beeinträchtigt. Einfache Reparaturen von Wasser- und Stromleitungen oder der Kanalisation werden zum Problem, wenn sie denn überhaupt durchgeführt werden können. Medizinische Behandlungen und die Versorgung von Notfällen geschehen, wenn überhaupt, nur unter großen Schwierigkeiten. Zahlreiche Menschen sind gestorben, weil sie gar nicht oder nicht rechtzeitig Checkpoints passieren durften oder Ambulanzen aufgehalten wurden, alles aufgrund der Sperrungen und langwierigen Abstimmungsverfahren zwischen palästinensischen Ambulanzen und israelischem Militär. Einige Frauen mussten an Checkpoints entbinden. Auch das Bildungswesen wird stark beeinträchtigt.



Karte: (UN-OCHA besetzte palästinensische Gebiete) Lebensader Shuhada-Straße.

SCHLEICHENDE VERTREIBUNG

Die Altstadt von Hebron war einst der lebteste Teil der Stadt. Unter dem Vorwand, israelische Siedler*innen schützen zu müssen, die sich völkerrechtswidrig in der Stadt aufhalten, hat das israelische Militär jedoch seit Jahrzehnten immer harschere Maßnahmen zur Trennung und Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung im Herzen Hebrons ergriffen. Hebron ist, neben Ost-Jerusalem, die einzige Stadt im Westjordanland, in der Siedlungen mitten in der Stadt anzutreffen sind. Durch den seit Jahrzehnten andauernden Siedlungsausbau innerhalb und außerhalb der Stadt, verschärfte Maßnahmen der Trennung und Unterdrückung durch die israelische Armee sowie einen alarmierenden Anstieg von Siedlergewalt sahen sich bisher die Bewohner*innen von über 42% der Wohnungen gezwungen, ihre Häuser in H2 zu verlassen.

WIRTSCHAFTSFAKTOR

Trotz der Einschränkungen durch die israelische Besatzung ist Bildung ein wichtiger Faktor für die palästinensische Gesellschaft. Allein im Regierungsbezirk Hebron gibt es drei Universitäten. Hebron ist mit 3.200 Fabriken und Werkstätten das wirtschaftliche Zentrum des Westjordanlands. Die vielen Märkte und Viertel Hebrons werden traditionell nach den darin am stärksten vertretenen Gewerben benannt, wie Al-Skafiya (Schuhmacher) Markt, Ah-Hadadin (Schmiede) Markt, Al-Laban Markt (Milch-Markt), und Al-Qazazin (Glas-Viertel). Die reiche Landwirtschaft der Umgebung produziert darüber hinaus berühmte Spezialitäten wie Weintrauben, schwarzen Honig und Dibs (Traubensirup). Die wichtigsten Exportprodukte sind Nylontaschen, antikes Eisen, Schuhe, Marmor, Schmucksteine, Holz- und Metall-Waren. Diese werden nach Europa, Amerika und in andere arabische Länder exportiert.



Checkpoint an der Shuhada-Straße.

FOTO // RÖM

DIE TEILUNG DER STADT

Im Jahre 1997 unterzeichneten die PLO und Israel das sogenannte Hebron-Protokoll. Das Abkommen teilt die Stadt Hebron in zwei Gebiete: H1 umfasst 18 Quadratkilometer und rund 115.000 palästinensische Bewohner*innen. Dieser Bereich untersteht offiziell der Kontrolle durch die palästinensischen Behörden. H2 umfasst 20% der Stadtfläche Hebrons und steht unter direkter Kontrolle durch das israelische Militär. Sämtliche Siedler*innen leben in H2, unter 35.000 palästinensischen Anwohner*innen. H2 umfasst auch die historische Altstadt und deren Geschäftszentrum. Seit 2001 hat die israelische Armee darüber hinaus nach und nach die Zugänge zu Privathäusern und Geschäften in der wichtigsten Straße, der Shuhada-Straße, verschlossen. Heutzutage sind die meisten Türen verschweißt. Dies bedeutet lange Umwege, um von der einen auf die andere Seite der Shuhada-Straße zu kommen. Bewohner*innen müssen alternative Lösungen finden, um in ihre Häuser zu gelangen, z.B. gefährliche Kletteraktionen über Nachbardächer oder Löcher in den Wänden zu den Nachbarhäusern. Zusätzlich gibt es an den Grenzen zu H2 mehr als 17 Checkpoints und über 100 Barrieren. Wer, wie alle Bewohner*innen der Altstadt mehrfach am Tag, von H1 nach H2 gelangen will, muss mindestens einen militärischen Checkpoint passieren.

SIEDLERGEWALT UND STRAFFREIHEIT

Seit der Errichtung der ersten Siedlungen in Hebron sind gewaltsame Übergriffe von Siedler*innen auf Palästinenser*innen an der Tagesordnung. Viele dieser Angriffe kommen von Jugendlichen. In jüngerer Zeit richten sich tätliche Übergriffe auch zunehmend gegen internationale Beobachter*innen und Aktivist*innen, die Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Übergriffe dokumentieren. Angesichts der enormen Militärpräsenz israelischer Soldat*innen und Polizei in Hebron, die rund um die Siedlungen stationiert sind, werden Soldat*innen immer wieder Zeugen von tätlichen Übergriffen durch Siedler*innen auf Palästinenser*innen, können jedoch bis zur Ankunft der Polizei nichts tun, da sie ausschließlich zum Schutz der Siedler*innen abgestellt sind. Während palästinensische Angriffe auf Siedler*innen strengstens bestraft werden, kommen Siedler*innen mit Angriffen auf Palästinenser*innen weitestgehend davon und weder die Armee noch die Polizei intervenieren zum Schutz der Palästinenser*innen und deren Besitztümer. Der Befehl, Siedler*innen nicht zu verhaften oder ihnen zu schaden, kommt dabei häufig von ganz oben. Vor diesem Hintergrund haben in den letzten Jahrzehnten gewaltsame Übergriffe durch Siedler*innen auf Palästinenser*innen erheblich zugenommen und gehören zum traurigen Alltag der Palästinenser*innen.

MASSAKER IN DER MOSCHEE

Am Morgen des 25. Februar 1994, während des Fastenmonats Ramadan, drang ein israelischer Siedler aus Kiryat Arba mit einem Sturmgewehr in die Abrahamsmoschee ein. Ungehindert von den israelischen Sicherheitskräften gelangte er in den Gebetsraum, erschoss 29 betende Muslime und verletzte Hunderte bis der Attentäter selber getötet wurde. Als Reaktion auf das Massaker verhängte die Armee eine Ausgangssperre von mehreren Monaten, die jedoch ausschließlich Palästinenser*innen betraf und nicht die Siedler*innen, die sich weiter ungehindert bewegen konnten. Die Moschee wurde monatelang geschlossen und dauerhaft zur Hälfte in eine Synagoge verwandelt. Von den ursprünglich sieben Zugängen sind Muslim*innen heute nur zwei geblieben. Nach dem Massaker wurden die Maßnah-



Abrahamsmoschee

men zur Trennung von israelischen Siedler*innen und Palästinenser*innen nach und nach auf die gesamte Stadt ausgeweitet. Heute sind die wichtigsten Merkmale dieser Politik Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch die Schließung von Straßen, Checkpoints und Steinblöcke zur Abspernung von Straßen, besonders in der Innenstadt rund um die israelischen Siedlungen.

HEILIGE STÄTTE

Sowohl der arabische Name Al-Khalil (der Freund), als auch der hebräische Name Hebron nehmen Bezug auf Abraham, den Freund Gottes. Nach Mekka, Medina und Jerusalem ist Hebron die viertheiligste Stätte des Islam und eine der wichtigsten heiligen Stätten des Judentums. Trotz historischen Verfalls und Schäden durch die israelische Militärbesatzung besticht die Altstadt Hebrons bis heute durch die Schönheit und den Charme ihrer alten Gemäuer, engen Gassen und Märkte. Die Abrahamsmoschee wurde über einer Höhle errichtet, in der man die Gräber von Abraham und Sarah, Isaak und Rebekka sowie von Jakob und Leah vermutet. In der jüdischen Tradition wird sie Höhle der Patriarchen oder Machpela genannt. Die religiöse Bedeutung des Ortes verhalf der Stadt zu internationaler Berühmtheit. Während der Kreuzzüge wurde die Moschee fast vollständig zerstört, nur die römischen Mauern und der Schrein über dem Grab Josefs blieben verschont. Die Kreuzritter erbauten anstelle der zerstörten Moschee eine romanische Kirche, die nach der Niederlage der Kreuzritter von Saladin wieder zur Moschee umfunktionierte. Seit Beginn der israelischen Besatzung 1967 hat Israel versucht, die muslimische Kontrolle über die Moschee zu schwächen.

HEBRON: EINE GEISTERSTADT

Die israelische Regierung rechtfertigt ihre Politik der Trennung von israelischer und palästinensischer Bevölkerung mit Sicherheitsgründen. Eine Trennung sei zum Schutz der Siedler*innen notwendig und gestatte ihnen ein normales Leben, so sagt sie. Der Wunsch von 500 Siedler*innen, mitten in Hebron zu leben, geht damit auf Kosten Tausender Palästinenser*innen, deren Familien dort seit Jahrhunderten gelebt haben. Mit den gewaltsamen Maßnahmen gegen Palästinenser*innen verletzt die israelische Regierung schwerwiegend das Recht der Palästinenser*innen auf Leben, Sicherheit, Bewegungsfreiheit, Gesundheit, Bildung, Eigentum und andere Menschenrechte. Beim Vergleich mit den Bestimmungen internationalen Rechts wird deutlich, dass die Maßnahmen zur Trennung und Unterdrückung in Hebron im Hinblick auf internationales Recht völkerrechtswidrig sind. Die offensichtlichste Folge der israelischen Politik ist, dass Bewohner*innen aus der Altstadt wegziehen. Sie ziehen entweder nach H1 oder verlassen Hebron vollständig. Im Ergebnis beobachtet man eine kontinuierliche stille Vertreibung der Bewohner*innen aus der Altstadt, mit dem Risiko, dass noch mehr Häuser in der Gegend zu Siedlungen umfunktioniert werden. Die Altstadt von Hebron ist eine Geisterstadt geworden. Seit Jahrzehnten wird dieser andauernde Prozess durch die israelische Militärbesatzung, Zwangsenteignungen und Repressionen gefördert. Das konstante Fortschreiten und der immer festere Würgegriff der israelischen Besatzung sind schnell genug, um Tatsachen zu schaffen, jedoch langsam genug, um keinen internationalen Aufschrei zu provozieren. Das schafft den Eindruck einer bewussten und erfolgreich umgesetzten Strategie der stillen Vertreibung von Palästinenser*innen. Diese Politik ist besonders offensichtlich in Hebron, das mit seiner geschlossenen Shuhada-Straße ein Symbol für die israelische Militärbesatzung und Landnahme im gesamten besetzten Gebiet geworden ist.

ALLE TEXTE: THIMNA BUNTE, KURVE WUSTROW UND ISSA AMRO, YOUTH AGAINST SETTLEMENT

AUS DER BROSCHÜRE: HEBRON, GEISTERSTADT; HRSG. UND BESTELLADRESSE: WWW.KURVEWUSTROW.ORG

Kinder in Haft – Bundesregierung muss handeln

Derzeit befinden sich ca. 300 palästinensische Kinder in israelischen Gefängnissen. Nach dem israelischen Militärrecht, das von der israelischen Regierung in den besetzten palästinensischen Gebieten angewandt wird, können Kinder ab zwölf Jahren zu bis zu 20 Jahren Haft verurteilt werden. Anders als das israelische Zivilrecht hält sich das Militärrecht, nach dem Palästinenser*innen verurteilt werden, nicht an die UN-Kinderrechtskonvention.

16-jährige Palästinenser*innen werden vor den Gerichten wie Erwachsene behandelt – israelische Jugendliche gelten dagegen erst mit 18 Jahren als strafmündig. Auch ist bei palästinensischen Kindern für das Strafmaß nicht das Alter zum Zeitpunkt des Delikts maßgeblich, sondern das Alter bei der Verurteilung – bei israelischen Jugendlichen gilt das Gegenteil. Israelis dürfen höchstens 24 Stunden festgehalten werden, bis sie zwingend einem Richter vorgeführt werden müssen – bei Palästinenser*innen, auch bei Kindern, sind 8 Tage möglich. Viele palästinensische Kinder „gestehen“ unter enormem Druck.

Das Wegsperrern der jungen palästinensischen Generation und die Verhaftung von Kindern sind ein Verbrechen. Gepaart mit der massiven Siedlergewalt gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, die mit Enteignung und Landnahme einhergeht, bildet dieses Vorgehen eine gefährliche Mischung. Bei der palästinensischen Bevölkerung macht sich nicht nur die Überzeugung breit, mit einer gerechten Behandlung nicht rechnen zu können, sondern auch die Gewissheit, jeder Zukunft beraubt zu werden und zudem der Gefahr körperlicher Übergriffe insbesondere durch Siedler*innen ausgesetzt zu sein. Ermöglicht wird diese Situation durch die weitgehende Straflosigkeit.

Die Schwächung kritischer NGOs, nicht zuletzt durch die israelische Regierung, lässt für die Zukunft kaum Besserung erahnen. Es ist daher die Pflicht der Bundesregierung und der EU, dieser Unterdrückung und Diskriminierung entschieden entgegenzutreten und israelische Friedensbewegung und Menschenrechtsverteidiger*innen in einem zunehmend feindlichen und für Leib und Leben der Betroffenen gefährlichen Klima zu unterstützen. Es sind diese Menschen, die sich die Bundesregierung zu Partnern machen und die sie schützen muss, will sie in ihrem Bekundungen, sich für Frieden in Nahost einzusetzen, glaubwürdig sein. Waffenlieferungen und blinder „Gehorsam“ werden keinen Frieden schaffen. Wer zu Verbrechen schweigt, macht sich mit schuldig.

ANNETTE GROTH
SOZIOLOGIN, EHEM. MDB/
MENSCHENRECHTSPOLITISCHE SPRECHERIN DER LINKEN

Versöhnung – eine Mammutaufgabe

Der Besuch des palästinensischen Premierministers Anfang Oktober im Gazastreifen war ein historischer Schritt und ein immens wichtiger auf dem Weg zur Überwindung der seit über zehn Jahren andauernden Spaltung des palästinensischen Volkes.

Es gibt Zeichen der Entspannung zwischen Fatah und Hamas. Die ägyptische Regierung hat dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Die Gründe für den plötzlichen Sinneswandel beider Seiten sind vielfältig und kompliziert. Allerdings haben sie wesentlich mit der regionalen Entwicklung und mit den sich neu herauskristallisierenden Lagern im Nahen Osten zu tun. Dazu addiert sich die aussichtslose Situation, in der sich beide, Fatah und Hamas, befinden.

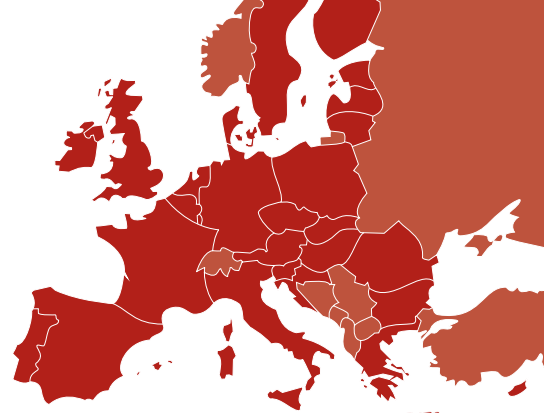
Die Wiederherstellung der palästinensischen Einheit in dieser Zeit, in der sich der israelische Siedlerkolonialismus ungebremst weiter fortsetzt und kaum eine Stimme in der Welt sich ernsthaft dagegen erhebt, ist es ein erster Schritt, dem palästinensischen Widerstand gegen diese Expansionspolitik Auftrieb zu verleihen. Es ist auch ein Schritt, die soziale und wirtschaftliche Situation der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere im Gazastreifen, zu verbessern.

Trotz aller verständlichen und nachvollziehbaren Euphorie in der palästinensischen Bevölkerung und im Lager der Freunde Palästinas weltweit, muss nüchtern festgestellt werden, dass wir uns erst am Anfang eines langen Prozesses befinden. Die Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung wird ein langwieriger und schwieriger Prozess, der unter Umständen Monate andauern könnte. Auch mit Rückschlägen und sogar Stillstand muss gerechnet werden.

Der Prozess könnte mit einer nationalen Versöhnung gekrönt werden. Allerdings ist dies keine Selbstverständlichkeit, denn die Überwindung der Spaltung ist ein politischer und verwaltungsmäßiger Akt, während die nationale Versöhnung eine politische und eine soziale Herausforderung zugleich ist. Die nationale Versöhnung setzt voraus, dass man die politischen Differenzen und deren Ausprägungen der vergangenen zehn Jahre und die sozialen Gräben, die die Spaltung verursacht haben, überwindet. Bei diesem Schritt sind die Palästinenser*innen auf die Hilfe der Freunde und Freundinnen aus aller Welt angewiesen, um diese Mammutaufgabe zu bewältigen. Die Erfahrungen der Europäer*innen, Afrikaner*innen und Südamerikaner*innen in dieser Hinsicht können für die Palästinenser*innen sehr nützlich sein.

RAIF HUSSEIN
PRÄSIDENT DER DEUTSCH-PALÄSTINENSCHEN GESELLSCHAFT

Deutsche und EU-Nahostpolitik



EINE NEUE ANTISEMITISMUS-NICHTDEFINITION

Die Bundesregierung hat offensichtlich nicht mehr dem Druck standhalten können, den Freunden der israelischen Regierung beizustehen, um die Kritik an der israelischen Politik noch wirksamer bekämpfen zu können. Eine verbindliche Definition des Antisemitismus sollte diese Keule noch schlagkräftiger gegen die verbreitete und immer schärfere Kritik einsetzbar machen. Nun ist sie da. Die Regierung hat sich dabei auf Arbeiten der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA), eine 1998 gegründete zwischenstaatliche Institution mit Sitz in Berlin, gestützt. Die Definition ist im Mai 2016 von den 31 Mitgliedsstaaten der IHRA verabschiedet worden. Israel, Großbritannien, Österreich und Rumänien haben sie bereits übernommen. Doch was bringt sie? Wie die ZEIT berichtet, empfiehlt die Bundesregierung, die Definition z. B. in Schulen und in der Ausbildung von Justiz und Polizei zu verwenden. Damit soll die Jugend frühzeitig gegen Kritik an israelischer Politik immunisiert werden, und vor allem sollen die Gerichte einen Leitfaden erhalten, um bestimmte Straftaten einheitlich als antisemitisch einzuordnen.

Schauen wir uns allerdings die Definition genauer an, kommen Zweifel, ob sie das wird leisten können. Der erste Satz lautet: **„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann.“** Kann? Die „Wahrnehmung“ muss sich also gar nicht als „Hass gegenüber Juden“ ausdrücken. Antisemitismus ist also einfach „eine bestimmte Wahrnehmung“, gleichgültig, ob sich in ihr Hass gegenüber Juden ausdrückt oder nicht. Doch welche „bestimmte Wahrnehmung“ ist es dann? Der zweite Satz der Definition gibt darüber aber keinen Aufschluss: **„Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“** Statt Schulen, Justiz und Polizei nun darüber aufzuklären, was Antisemitismus wirklich ist, gibt sie ihnen ein weiteres Rätsel auf. Denn Antisemitismus kann sich auch „gegen nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum“ wenden. Wie das? Kann damit die Kritik an der Bundeskanzlerin, den beiden christlichen Kirchen oder der Bundesbahn auch antisemitisch sein? Oder folgt die Regierung

damit der verklemmten „Logik“ der „Anti-Deutschen“, die die Kritik am Finanzkapitalismus als antisemitisch einstufen, da „der Jude“ historisch immer mit dem Finanzsystem identifiziert werde? Diese „Definition“ lässt den Suchenden verwirrt zurück als vor ihrer Lektüre.

Einen Hinweis zur Auflösung dieser Rätsel vermag eventuell der Zusatz zu der Definition geben, dass „auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein kann“. Darauf zielt auch der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, der den Beschluss der Bundesregierung mit dem Satz begrüßte: **„Antisemitismus im Gewand vermeintlicher Israelkritik gilt es ebenso zu bekämpfen wie die alten Vorurteile gegenüber Juden“.** Das ist offensichtlich des Pudels Kern. Der weitere Hinweis der Regierung, dass eine israelische Entscheidung „kritisiert werden (darf), wenn sie kritisiert wird, wie eine Entscheidung in Polen, Amerika oder China“, kann die Kritiker allerdings nicht glücklich machen. Denn eine Kritik à la Böhmermann an Erdogan würde gegenüber Netanjahu ohne wenn und aber als antisemitische Verleumdung geahndet werden. Nein, es geht um die Illegalisierung der Kritik an der israelischen Besatzungspolitik in öffentlichen Auftritten und Veranstaltungen – hier muss das Grundrecht auf freie Rede seine Grenzen haben. Denn die bisherigen Versuche, private oder öffentliche Institutionen zur Kündigung ihrer Säle für derartige Veranstaltungen zu bewegen, scheiterten mehrfach vor Gericht. Aber es bestehen erhebliche Zweifel, ob diese Begriffserklärung jetzt helfen wird.

Nehmen wir die Bundesregierung mit ihrer Erklärung beim Wort, so hat sie sich listig aus der Affäre gezogen. Beiden Ministern, die die Erklärung der Öffentlichkeit vorstellten, Sigmar Gabriel und Thomas de Maizière, war gewiss noch in Erinnerung, dass Gabriel im März 2012 nach einem Besuch Hebrons die israelische Regierung hart anfasste und auf facebook seinen Eindruck teilte: **„Das ist ein Apartheid-Regime, für das es keinerlei Rechtfertigung gibt.“** Für dieses Urteil, das viele im politischen Berlin teilen, aber nicht öffentlich verkünden, gibt es gute Gründe. Für den Zentralrat muss es jedoch purer Antisemitismus gewesen sein, den kein einfacher Abgeordneter politisch überlebt hätte. Diesen Eklat im Hinterkopf musste die Definition so inhaltslos, beliebig und nichtssagend ausfallen, dass sie

jeden und niemand dingfest machen kann und auf keinen Fall justiziabel ist. Das ist ihr gelungen.

Abgesehen davon, dass diese Erklärung auch für die staatsstreueste Justiz nicht bindend ist – sie ist ein Regierungsbeschluss, kein Gesetz –, ist sie so unbestimmt und widersprüchlich, dass sich jeder seinen eigenen Antisemitismus-Reim darauf machen kann. So kann sich jeder dem Unsinn der israelischen Regierung anschließen, dass die UNO-Generalversammlung und insbesondere der Menschenrechtsausschuss wegen ihrer kritischen Resolutionen antisemitisch seien. Er kann das aber auch als offensichtlich abwegig ablehnen. Der Vorwurf „Apartheid-Regime“ kann nach dieser Definition ebenso gut als „Angriff auf den Staat Israel als jüdisches Kollektiv“ gewertet werden, wie der nachweisbare Befund, dass es sich bei den Siedlungen in den besetzten Gebieten um einen völkerrechtswidrigen Siedlerkolonialismus handelt. Dazu bedarf es allerdings nicht dieser Regierungserklärung, die wiederum nicht fordert, derartige „Israelkritik“ als antisemitisch zu bezeichnen.

Dass Antisemitismus ein Rassismus ist, wird jeder unterschreiben. Das wäre zwar eine präzise, jedoch zu enge Definition, um „Israelkritik“ darunter zu fassen. Sie musste also weiter, unbestimmter und ohne genaue Konturen gefasst werden. Dass Zionismus eine Form des Rassismus ist, bildete zwar 1975 den Gegenstand der Resolution 3379 der UN-Generalversammlung und ist auch wissenschaftlich begründbar. Die Resolution war politisch jedoch nicht haltbar. Mit dem Untergang der Sowjetunion stimmte Boris Jelzin in seinem ersten Jahr der Präsidentschaft der Rücknahme der Resolution zu, die im Dezember 1991 erfolgte. Wir bewegen uns hier also auf glattem politischem Parkett mit der Gefahr, bei jedem Schritt auszurutschen. Eine wissenschaftliche Definition würde dem politischen Ziel, die Kritik an der israelischen Politik zu unterbinden, nicht dienen. Es musste also eine politische multiflexible Formel her, von der der Zentralrat und all die verbissenen Parteigänger der israelischen Besatzungspolitik enttäuscht sein müssen, wenn sie sie einmal genauer gelesen haben.

NORMAN PAECH

EHEM. MDB UND PROFESSOR FÜR VÖLKERRECHT

NEUE ANTISEMITISMUS-DEFINITION

Die Bundesregierung hat sich der internationalen Definition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken (International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)) angeschlossen. Die Definition lautet: **„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“** Die Bundesregierung empfiehlt die Berücksichtigung der erweiterten Arbeitsdefinition insbesondere in der Schul- und Erwachsenenbildung sowie bei der Ausbildung in den Bereichen Justiz und Exekutive.

„THE LOBBY“ DECKT AUF

Der Sender Al Jazeera aus Katar hat Undercover Journalisten in pro-israelische Gruppierungen in Großbritannien und in den USA eingeschleust. Ein so entstandener vierteiliger Dokumentarfilm „The Lobby“ zeigt, wie Shai Masot von der israelischen Botschaft in London sagte, er würde britische pro-palästinensische Parlamentarier einschließlich des Außenministers Sir Alan Duncan, der für einen palästinensischen Staat eintritt, „zerlegen“. Masot trat daraufhin zurück. Klagen gegen „The Lobby“, der Film sei antisemitisch, wurden nach einem Bericht des Guardian vom 9. Oktober 2017 von der zuständigen britischen Regierungsbehörde Ofcom zurückgewiesen. Die israelische Regierung will nun das Al Jazeera-Büro in Israel schließen. Der Al Jazeera-Direktor für investigativen Journalismus, Clayton Swisher, teilte mit, dass der Sender nun auch das in den USA gesammelte Material veröffentlichen werde.

MALU DREYER IN ISRAEL/PALÄSTINA

Die Bundesratspräsidentin und Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, ist bei ihrer Nahostreise im Oktober mit dem Ministerpräsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Rami Hamdallah, zusammengetroffen. Laut einem Bericht der rheinlandpfälzischen Landesregierung habe sie ihm versichert, dass Deutschland sich weiterhin für eine Zweistaatenlösung einsetzen werde. **„Ich habe auch deutlich gemacht, dass dafür die innerpalästinensische Versöhnung Voraussetzung ist, also die Aussöhnung zwischen Hamas und Fatah.“** Dreyer traf auch den Generalsekretär der Partei Al-Mubadara, Mustafa Barghouthi: **„Die Notwendigkeit, die Zivilgesellschaft zu stärken, war unsere gemeinsame Überzeugung.“** Zuvor war die Ministerpräsidentin in Israel. Auf die Frage von Netanjahu, ob Deutschland nach der Bundestagswahl seine Politik im Nahen Osten ändern werde, versicherte Malu Dreyer, die Sicherheit Israels bleibe deutsche Staatsraison.

CDU GEGEN BDS

Die CDU Deutschlands hat auf ihrem 29. Parteitag in Essen einen Beschluss „Antisemitischer BDS-Bewegung konsequent entgegen treten“ gefasst. **„Die CDU Deutschlands erklärt ... ihre Missbilligung und Ablehnung jeglicher BDS-Aktivitäten und verurteilt diese als antisemitisch.“**

FORDERUNGEN DER EUROPÄISCHEN LINKEN

- Die Europäischen Linken haben bei ihrem Kongress im Dezember 2016 in Berlin über einen Antrag zu 50 Jahre israelische Besatzung abgestimmt. Um einen vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten zu erreichen, empfiehlt die Europäische Linke:
- die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel, einschließlich des bevorzugten Handelsabkommens;
 - die Beendigung der speziellen Beziehung Israels zur NATO, einschließlich der Schließung der ständigen Vertretung im NATO-Hauptquartier;
 - einen Importstopp für Güter aus den besetzten Gebieten;
 - die Beendigung der Kriminalisierung von BDS (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen)-Aktivist*innen.



Marktstand in Tulkarem, Westbank.

STÄDTEPARTNERSCHAFT MANNHEIM/HEBRON

Die Städtepartnerschaft zwischen Mannheim und Hebron kann erste Erfolge vorweisen. So erhält der Stadtteil Al Sindas mit 2.500 Einwohner*innen endlich einen Anschluss an das Kanalisationsnetz. Mannheim unterstützt die Palästinenser*innen durch ein Kooperationsprojekt. Fachexperten der Hebronner Abwasserabteilung und des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Mannheim tauschen sich aus. Die Stadt Hebron will auch eine Kläranlage bauen, das Know-how der Mannheimer soll Hebron helfen, einen gut funktionierenden Abwasserbetrieb aufzubauen. Mannheim/Hebron ist eine von neun Partnerschaften zwischen deutschen und palästinensischen Städten. Neben Köln und Bethlehem existieren Städtepartnerschaften zwischen Jena und Beit Jala, Bergisch Gladbach ebenfalls mit Beit Jala, Xanten mit Beit Sahour, Nablus mit Nürnberg, Bad Oldesloe mit Jifna, Bonn und Ramallah sowie Bielefeld und Zababdeh.

Kontakt: **SKWE-Nahost@engagement-global.de**

KRITIK AM SIEDLUNGSBAU

Die Bundesregierung kritisierte am 19. Oktober nachdem bekannt wurde, dass die israelische Regierung weitere 3.000 neue Wohneinheiten in israelischen Siedlungen bauen wird: **„Jede neue Wohneinheit festigt eine Ein-Staaten-Realität, in der den Palästinensern die volle Ausübung ihrer politischen Rechte verwehrt bleibt.“** Die Möglichkeit eines zusammenhängenden und lebensfähigen palästinensischen Staates werde unter anderem dadurch untergraben, dass Ost-Jerusalem weiter vom Westjordanland abgeschnitten wird. **„Vor diesem Hintergrund verfolgen wir Berichte, wonach der Bau der Siedlung Givat Hamatos vorangetrieben werden soll, mit besonderer Sorge und rufen die israelische Seite auf, davon Abstand zu nehmen.“**

U-BOOT-DEAL MIT ISRAEL

Trotz laufender Korruptionsermittlungen aus einem früheren Geschäft hat die Bundesregierung dem Verkauf von drei weiteren U-Booten nach Israel zugestimmt. Ob die Zusage an Bedingungen geknüpft ist, ist unklar, wie Tagesschau.de gemeldet hat. Deutschland werde sich an der Beschaffung mit maximal 540 Millionen Euro beteiligen, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Dies seien etwa 30 Prozent des Geschäftsumfags. Die finanzielle Beteiligung Deutschlands gelte vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung gegenüber Israel. Laut Seibert sind die Bundeshaushalte von 2018 bis 2027 betroffen.

EU-STAATEN FORDERN VON ISRAEL ENTSCHÄDIGUNG

Acht EU-Staaten wollen zum ersten Mal in der EU-Geschichte mehr als 30.000 Euro Entschädigung von Israel für die Zerstörung von EU-finanzierten Gebäuden im Westjordanland fordern, berichtete die österreichische Zeitung Der Standard. Die EU-Mitgliedsstaaten bereiteten eine Entschädigungsforderung für zwei Schulgebäude für palästinensische Kinder vor, die im August zerstört worden seien. Die Initiative wird von Belgien angeführt und von Frankreich, Spanien, Schweden, Luxemburg, Italien, Irland und Dänemark mitgetragen. Israel hatte die Zerstörungen damit begründet, die Gebäude seien ohne Genehmigungen errichtet worden.

SPÄTE EINSICHT

Der ehemalige britische Staatschef und EU-Unterhändler im Nahen Osten, Tony Blair, hat in einem Interview mit dem britischen Guardian zugegeben, dass es falsch gewesen sei, die Hamas zu boykottieren, nachdem sie 2006 die Wahl gewonnen hatte. Die internationale Gemeinschaft hätte die militante Fraktion in einen Dialog über die Anerkennung Israels bringen sollen, ist er heute überzeugt.

BERLIN

Jürgen Sendler
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

GÖTTINGEN

Ekkehard Drost
goettingen@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Dr. Lothar Prison
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Yousef Ribhi
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Nazih Musharbash
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

Aktivitäten

DPG ORGANISIERT RUNDREISE MIT ISSA AMRO UND REISE NACH HEBRON

Die DPG unterstützt die 2010 gegründete palästinensische Jugendorganisation „Youth Against Settlements“ (YAS) in Hebron. YAS ist eine gewaltfreie lokale und internationale Kampagne. Sie richtet sich gegen die israelische Besatzungspolitik, die Abriegelung und Teilung der Stadt sowie die schleichende Vertreibung. YAS setzt sich für die Verwirklichung von Menschenrechten und internationalem Recht ein. Eines ihrer Hauptziele ist die Öffnung des Stadtzentrums und die Wiederbelebung der Shuhada-Straße. Hebron ist seit 1997 eine geteilte Stadt. Checkpoints und Stacheldrahtzäune markieren diese Trennung, in deren Folge nicht nur palästinensische Wohnungen, sondern auch Verkaufsläden geschlossen werden mussten. Das Zentrum, in dem die Shuhada-Straße liegt, ist seitdem verwaist und verwahrlost. Die Shuhada-Straße, die hinter dem Stacheldraht nahe der Abrahamsmoschee beginnt, ist zu einem öden Ort geworden. Vom einstigen Glanz ist nichts mehr. Die zugeschweißten Metalltüren der Läden wirken abweisend und lassen die Straße gespenstisch wirken. Israelis und Touristen dürfen die Shuhada-Straße benutzen, Palästinenser werden von ihr ferngehalten. Die Geschäfte sind seit Jahren geschlossen. Palästinenser brauchen eine spezielle Genehmigung, um die Straße betreten zu können. Ein- und Ausgänge sind von der Armee gesperrt. Die wenigen verbliebenen palästinensischen Familien brauchen eine Erlaubnis der Armee, um dort zu leben. Die meisten Palästinenser, die einmal hier gearbeitet und gelebt haben, sind nicht freiwillig, sondern wegen diesen, von der Besatzungsmacht verhängten, Einschränkungen weggezogen.

Die DPG bittet interessierte Regionalgruppen, Arbeitskreise und Solidaritätsgruppen zu einem Informationsvortrag mit Issa Amro von Youth Against Settlements einzuladen. Die **Rundreise von Issa Amro durch Deutschland** wird vom DPG-Präsidium organisiert. Die Kosten werden unter den Veranstaltern aufgeteilt. Bitte meldet euer Interesse an dpg@dpg-netz.de. Außerdem plant die DPG eine **Informations-Reise nach Israel/Palästina mit Schwerpunkt Hebron**. Interessierte Personen, die daran teilnehmen wollen, werden gebeten sich an dpg@dpg-netz.de zu wenden.

Gegen den Menschenrechtler Issa Amro aus Hebron hat am 29. Oktober ein Prozess vor einem israelischen Militärgericht begonnen. Zuvor war er von palästinensischen Sicherheitskräften festgehalten worden. Amnesty International sieht die Vorwürfe gegen Amro als grundlos und politisch motiviert an. Auch der US-Politiker Bernie Sanders von den Demokraten hat sich für die Freilassung des Aktivisten stark gemacht.

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/menschenrechtler-vor-militaergericht>

NAZIH MUSHARBASH, DPG-VIZEPRÄSIDENT

KONFERENZ „ZUR ZEIT DER VERLEUMDER“

Die Konferenz mit dem Titel „Zur Zeit der Verleumder“ mit Moshe Zuckermann, Rolf Becker, Esther Bejarano, Moshé Machover, Jackie Walker u.a. am 10. Februar 2018 in Berlin versteht sich als eine ideologiekritische Intervention gegen die Instrumentalisierung von Juden, Judentum und der jüdischen Katastrophe. Bereits Anfang der 1980er-Jahre klagte der Dichter Erich Fried die Stigmatisierung jüdischer Linker als „rote Antisemiten“ durch „Sprecher des Westens“ an. Seine von den ersten Verwerfungen des neoliberal radikalisierten Kapitalismus geprägte Gegenwart beschrieb er als „Zeit der Verleumder“. Was damals mit wütenden Polemiken begann, ist heute zu einem Komplex aus Rufmordkampagnen und Sanktionen ausgewachsen, die aus den etablierten Parteien und AfD, von neokonservativen „Antideutschen“, „Antinationalen“ und christlichen Fundamentalisten initiiert und von den hegemonialen Medien propagiert werden.

<http://projektkritischeaufklaerung.de/de/konferenz-in-berlin-am-10-februar-2018/>

OSTER-REISE NACH PALÄSTINA

Das Forum FriedensEthik in der Evangelischen Landeskirche in Baden bietet eine Studien- und Begegnungsreise nach Jerusalem und Palästina vom 25. März–5. April 2018 (Osterferien) an. Diese Studienreise will schwerpunktmäßig einige Aspekte der religiösen, politischen und geschichtlichen Hintergründe des israelisch-palästinensischen Konflikts aufzeigen.

Anmeldung und Infos bei ulrich.greder@t-online.de

PROTEST VOR PAULSKIRCHE

■ Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an die kanadische Autorin Margret Atwood in der Frankfurter Paulskirche setzten Aktive vor dem Eingang ein Zeichen für die Meinungsfreiheit in der Stadt. Hintergrund hierfür war: Israelkritik soll unter dem Vorwand des Antisemitismus – auch in Frankfurt – verhindert werden. Angestoßen wurde dies durch die Magistratsvorlage M 165 auf Initiative von Bürgermeister Uwe Becker (stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Frankfurt). Die Magistratsvorlage soll die Vergabe von städtischen Räumen für „antisemitische“ (in Wahrheit: israelkritische) Veranstaltungen unterbinden. Ein modifizierter Beschluss der Stadtverordneten erging am 28.9.17. Aktive vor Ort protestierten mit einem akustischen FLASH-MOB und verteilten ein Flugblatt **„Die Freiheit der Kritik verteidigen! ... gegen die Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs“**. An LUDWIG BÖRNE, den jüdischen Journalisten des 19. Jahrhunderts erinnerte visuell ein Schild mit der Botschaft: **„HILF UNS, BÖRNE! FRANKFURTER MAGISTRAT BESCHNEIDET DIE MEINUNGSFREIHEIT“**.

DOROTHEE ROER

DPG BEGRÜSST UN-RESOLUTION GEGEN SIEDLUNGSBAU

■ Die DPG hat die UN-Resolution 2334 vom 23. Dezember 2016 begrüßt. Darin fordert der Sicherheitsrat unmissverständlich einen Stopp des Siedlungsbaus im besetzten Palästina. Das internationale Recht verbietet es Israel, in besetzten Gebieten Siedlungen zu errichten. Der Sicherheitsrat bezieht sich ausdrücklich auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs von 2004, das sich an der Vierten Genfer Konvention (Art. 49) orientiert. Mit seiner Resolution, der auch die EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Spanien zugestimmt haben, stärkt der UN-Sicherheitsrat die völkerrechtliche Position des Staates Palästina, den die UN-Versammlung 2012 anerkannt hat. Er bekräftigt damit die Auffassung der EU, dass Produkte aus den Siedlungen nicht unter das EU-Präferenzabkommen fallen. Denn er fordert **„alle Staaten auf, in ihren relevanten Beziehungen zwischen dem Hoheitsgebiet des Staates Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten zu unterscheiden“**. Die DPG fordert die Bundesregierung auf, dem Beispiel von Schweden und dem Vatikan zu folgen und den Staat Palästina anzuerkennen. Bundesregierung und EU sollten Konsequenzen aus der UN-Resolution ziehen und nicht nur verbal gegen den Siedlungsbau protestieren.

DPG NAHM AN REISE DES BUNDESPRÄSIDENTEN TEIL

■ Zur Delegation der Reise des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier nach Israel und Palästina gehörte zum ersten Mal auch ein DPG-Vertreter. Darüber hinaus gehörte zur Delegation u.a. Volker Beck (Parlamentariergruppe Israel) und Gabriele Groneberg (Parlamentariergruppe arabische Länder), Josef Schuster (Zentralrat der Juden in Deutschland), Friede Springer (Springer Verlag) und Charlotte Knobloch (Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern).

Im Vorfeld nutzte ich die Möglichkeit, einige Programmpunkte selber zu gestalten. So führte ich Gespräche mit israelischen Oppositionellen und mit Mitgliedern der arabischen gemeinsamen Liste in Israel und mit Oppositionellen in Palästina. Den Besuch in Yad Vashem und den Vortrag des wissenschaftlichen Leiters der Gedenkstätte zähle ich zu den Höhepunkten dieser Reise.

Staatssekretär Steinlein organisierte eine Gesprächsrunde, an der ich mit MdB Volker Beck heftig diskutiert habe. Mir wurde deutlich, dass die Lobbyisten der Israel-Politik in Deutschland konservativer und zu meinem Erstaunen noch „zionistischer“ sind als die Israelis selbst. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Strategien, die in Israel entwickelt werden, im politischen Berlin salonfähig zu machen und Schwachstellen in der Solidaritätsarbeit für Palästina in Deutschland und Europa aufzugreifen.

Von besonderer Bedeutung war ein spürbarer Paradigmenwechsel einer deutschen Politik gegenüber Israel. Diese Haltung bekräftigte der Bundespräsident in einer Rede an der Universität in Jerusalem und in einem Gespräch in der Residenz des deutschen Botschafters in Tel Aviv. An diesen Gesprächen nahmen Amos Oz, David Großmann, Mosche Zimmermann und Avi Primor teil. In vielen Unterredungen trugen israelische Gesprächspartner ihre Furcht um den Fortbestand des Staates Israel vor. Begründet wurde diese mit dem zunehmenden Radikalismus und dem religiösen Fundamentalismus, die der politischen Elite entgegen wirken. Sie forderten den Bundespräsidenten und die deutschen Politiker auf, mehr Druck auf Israel auszuüben und betonten, dass die Zwei-Staaten-Lösung die einzige mögliche Basis für einen Frieden zwischen Israel und Palästina sei. Diese Forderung, wurde noch deutlicher gestellt während eines Besuches in der Bildungsstätte Givat Haviva.

In Palästina wurden eine von Deutschland unterstützte Pflegestation für geistig behinderte Menschen und eine daran angeschlossene Akademie zur Ausbildung von Krankenpflegern besucht. In Almuqataa, dem Amtssitz des palästinensischen Präsidenten Abbas, legte Steinmeier als erster deutscher Politiker einen Kranz am Grab von Präsident Arafat nieder. Bei meinen Gesprächen mit den palästinensischen Oppositionellen und Vertretern von gesellschaftspolitischen Gruppen wurde immer wieder bekräftigt, wie wichtig die Arbeit der DPG für den Aufbau einer Zivilgesellschaft in Palästina sei.

RAIF HUSSEIN, DPG PRÄSIDENT

BILANZ DER KOPI-KONFERENZ „50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG“

■ Der Deutsche Koordinationskreis Palästina/Israel (KoPI) fordert eine stärkere Unterstützung des gewaltlosen Widerstandes der Palästinenser*innen. Das war das Ergebnis der KoPI-Konferenz vom 9. bis 10. Juni 2017 in Frankfurt. Erst aufgrund eines Gerichtsurteils konnte die internationale Konferenz in den vorgesehenen Räumen tagen. Zur Unterstützung demonstrierte die örtliche Palästina-Initiative vor dem Tagungshaus.



FOTO // MARTINA WAIBLINGER

Demo für Ende der Besatzung vor dem Konferenz-Gebäude während auf der Gegendemo „Palästina halt, s Maul“ gefordert wurde.

Schwerpunkt: Hebron

Familie Azza aus Hebron: „Wir bleiben standhaft!“



Sumud/Standhaftigkeit. Es ist schwer, der Siedlergewalt zu trotzen. Das Abu-Rajab-Gebäude in Hebron ist seit einiger Zeit illegal von israelischen Siedlern besetzt. Freiwillige vom Christian Peacemaker Team haben dort neben den israelischen drei palästinensische Fahnen entdeckt, zwei hängen dort, wo noch eine palästinensische Familie wohnt. Ein Zeichen von Sumud!

Der 53-jährige Hisham Azza lebt seit 2003 mit seiner Frau und ihren gemeinsamen fünf Kindern in Tel Ru-meida. Der Besitzer verlangt für das Haus keine Miete, denn die Familie ist da, um es zu schützen. **„Wenn wir gehen, übernehmen Siedler*innen das Haus“,** sagen sie.

Das Leben hier ist nicht einfach. Immer wieder haben Siedler*innen das Haus beschädigt, indem sie Wasser durch offene Fenster schütteten, Wasserleitungen durchtrennten oder Steine gegen die Fensterscheiben warfen. Reparaturen sind schwierig, weil alle Besucher*innen eine Son-

dererlaubnis benötigen. Der Hauptzugangsweg ist gesperrt und Siedler*innen blockieren die Alternative. So muss die Familie einen dritten Weg nutzen, um zu ihrem Haus zu gelangen.

Beim Einzug in das Haus dauerte es einen ganzen Tag alle Möbel zu transportieren, weil Siedler*innen die Familie mit Steinen attackierten. Anfangs hatten die Familienmitglieder große Angst, sich im Freien zu bewegen. **„Die Siedler*innen können alles machen“,** erklärt Tochter Sundus. **„Sie können einen körperlich angreifen, sie können schießen. Selbst 18-jährige Siedler*innen**

tragen Gewehre.“ Sundus hat eine Weile für die Organisation B'tselem gearbeitet, die der Familie Kameras zur Verfügung gestellt hatte, um Übergriffe zu dokumentieren. Das war jedoch nur begrenzt hilfreich, denn seitdem verhüllen Siedler*innen bei Angriffen einfach ihre Gesichter. Die Situation ist gefährlich und einige Familien haben die Gegend aufgrund der unsicheren Lage verlassen. Doch die Familie Azza bleibt. **„Das ist unser Land“,** sagen sie,

„Wir haben Geduld.“

QUELLE: WWW.HEBRONAPARTHEID.ORG/

Weltweite Solidarität

Der wahre Grund für den Mauerbau: Annexion



Die israelische Mauer, die seit 2002 illegal auf palästinensischem Besatzungsgebiet gebaut wird, schien stillschweigend als Faktum akzeptiert zu sein. Dies änderte sich, als US-Präsident Donald Trump gegenüber dem mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto erklärte: „Wissen Sie – schauen Sie nach Israel – Israel hat eine Mauer und alle sagten, baut keine Mauer (...). Bibi Netanjahu hat mir versichert, dass die Mauer ihren Zweck erfüllt.“ Dies war ein Weckruf dafür, dass Israels Mauer dem palästinensischen Volk nicht nur seine grundlegenden Menschenrechte vorenthält, sondern inzwischen auch die weltweite politische Geografie in einen noch feindseligeren Aufenthaltsort verwandelt hat. Es ist an der Zeit, sich zusammenzuschließen für eine Welt ohne Mauern und allen denjenigen in dem Arm zu fallen, die Mauern bauen, fördern und von ihnen profitieren.

Bei Israels Mauer – Sinnbild der Mauer des 21. Jahrhunderts – handelt es sich in städtischen Siedlungsgebieten um eine Betonmauer bis zu einer Höhe von acht Metern, in ländlichen Gebieten um ein Netz von Zäunen, Stacheldraht, Patrouillenwegen, Wachttürmen und elektronischen Überwachungsanlagen. Zusammen mit den militärischen Sperrgebieten und Siedlungen benutzt Israel diese Sperranlagen, um den Palästinenser*innen den Zugang zu und die Nutzung von rund 60 % des besetzten Westjordanlands zu verweigern, die in den Osloer Friedensverträgen von 1993 als Zone C bezeichnet wurden. Seit Unterzeichnung des Abkommens hat Israel systematisch darauf hingearbeitet, sich diese Zone dauerhaft einzuverleiben. Die Mauer ist deshalb nur die Spitze einer langfristigen Politik. Und wenn dieses System der Abschießung einmal zu Ende gebracht ist, werden die Palästinenser auf bloße 13 % ihres Heimatlandes zurückgeworfen sein.

Als dauerhafte Einrichtung auf palästinensischem Gebiet beeinträchtigt die Mauer immer stärker das Leben der Menschen: Mit jedem Jahr, in dem den Bauern der Zugang zu ihren Feldern und Wasserstellen verweigert wird, Gemeinschaften

voneinander isoliert und Handelsbeziehungen verunmöglicht, Bildung und Ausbildung für die Jugend blockiert werden und Erkrankte von Gesundheitseinrichtungen abgeschnitten sind, nehmen die Schäden gewaltig zu. Die Not wächst, Familien und Gemeinschaften werden zwangsvertrieben. Das palästinensische Wirtschaftsleben wird auf Dauer verkrüppelt und Selbstbestimmung unmöglich.

Da die Mauer heute zu drei Vierteln fertiggestellt ist, bricht der israelische Siedlungsbau in den abgeriegelten Gebieten alle Rekorde: 2017 wurde die erste vollständig neue Siedlung seit 20 Jahren genehmigt, in Ost-Jerusalem schafft Israel mit Nof Zion die größte Siedlung innerhalb eines palästinensischen städtischen Siedlungsgebiets. Bereits 2016 wurde der Siedlungsbau um 40 Prozent gesteigert, was 2017 noch übertroffen werden dürfte. Gleichzeitig führt Israel die Infrastruktur- und Regulierungsmaßnahmen zu Ende, um die Palästinenser vollständig abzuriegeln und jene zu vertreiben, die jenseits der Mauer verblieben sind.

Seit Beginn des Mauerbaus genehmigt Israel den Zugang zu den isolierten Ländereien nur an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten durch festgelegte Tore und für ausgewählte Leute, die von ihm als Landbesitzer*in anerkannt sind und die weitere Überprüfungen durchlaufen haben. Im Februar 2017 wurden palästinensische Behörden im nördlichen Westjordanland davon in Kenntnis gesetzt, dass Palästinenser*innen mit weniger als 330 Quadratmetern Land überhaupt keine Genehmigung mehr erteilt wird. Die Hälfte der derzeitigen Erlaubnisse ist gefährdet.

Darüberhinaus wird die unlängst begonnene Überarbeitung der „Beschlagnahme“-Vorschriften

für Land entlang der Mauer mit „Grenzverlaufsänderungen“ begründet. Dies bestätigt nur offiziell, was wir immer wieder gesagt haben: Der wahre Grund für den Bau der israelischen Mauer ist die dauerhafte Annexion von palästinensischem Gebiet.

EINE WELT VON MAUERN

Israels Apartheid-Mauer ist ein Unikum, da sie nicht nur auf besetztem Gebiet verläuft, sondern bereits 2004 vom Internationalen Gerichtshof für illegal erklärt wurde. Diese Position wurde in der Folge auch von der UN-Vollversammlung übernommen. Das Gericht erinnerte die internationale Gemeinschaft auch an ihre Verpflichtung, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um Israel zu stoppen und den Bau der Mauer weder zu unterstützen noch zu ihrer Unterhaltung beizutragen.

Bedauerlicherweise hat die internationale Gemeinschaft Israels Mauer nicht gestoppt, sondern als Modell anerkannt: 15 Jahre nach Beginn des Mauerbaus gibt es dreimal so viele Grenzmauern und Mauern, die territoriale Kontrolle über besetztes Gebiet sichern helfen sollen als 2002.

So baut Europa 28 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer Mauern in Ungarn und Bulgarien und hält die Mauern in den spanischen Enklaven in Nordafrika aufrecht. Israelische Unternehmen spielen mit bei der Militarisierung europäischer Grenzen und vermarkten ihre Erfahrungen beim Bau der israelischen Mauer. Um Verträge mit EU-Ländern zu ergattern, brüstet sich das israelische Unternehmen Btec Electronic Security Systems damit, dass seine „Technologien, Lösungen und Produkte an der israelisch-palästinensischen Grenze Verwendung finden“. Israelische Firmen wie Elbit Systems haben ihre Technologie für den Bau der US-Mauer an der Grenze zu Mexiko exportiert, für Indiens Mauer nach Kaschmir und etliche mehr. ►

**AKTIONSTAG
JEDES JAHR
AM 9. NOVEMBER
„FÜR EINE WELT
OHNE MAUERN“**



Mauer, von Kindern bemalt.

FLORIERENDE MAUERINDUSTRIE

Eine wachsende Bewegung will die Verantwortlichen für die israelischen Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft ziehen und die Mechanismen zu ihrer Finanzierung und Unterstützung brechen. Human Rights Watch hat soeben einen Bericht über die illegale Unterstützung israelischer Banken für die Siedlungen veröffentlicht und ruft dazu auf, diese weder zu finanzieren noch zu legitimieren. Die UN ist dabei, eine Liste von Unternehmen zusammenzustellen, die sich in den Siedlungsprojekten engagieren, einschließlich der Mauer. Indessen ziehen es immer noch viel zu viele Politiker*innen vor, entweder zu schweigen oder als Kompliz*innen aufzutreten – selbst um den Preis, dass die neue Epoche des Mauerbaus tief in den öffentlichen Diskurs und das politische Handeln eingeht. Während in Spanien über 60 Städte den palästinensischen Aufruf für Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS) unterstützen, sich sogar zu "Apartheid-freien Städten" erklärt haben und sich dafür einsetzen, keine Verträge oder Kooperationen mit Körperschaften einzugehen, die Menschen- und Völkerrecht missachten, ist es empörend zu sehen, dass in drei deutschen Städten (München, Frankfurt und Köln – Anm. d. Übers.) Ratsbeschlüsse angestrebt werden, die jegliche Unterstützung von BDS bekämpfen wollen, damit das grundlegende Recht der freien Meinungsäußerung missachten und den Einsatz für die universelle Einhaltung der Menschenrechte mit einem Bannstrahl belegen wollen.



Aktion „Für eine Welt ohne Mauern“ am Potsdamer Platz in Berlin.

FÜR EINE WELT OHNE MAUERN

Aber noch besteht Hoffnung. Besonders ermutigend war für uns die große Unterstützung des gemeinsamen Aufrufs aus Palästina und Mexiko für den Aktionstag am 9. November 2017 für eine Welt ohne Mauern. Wir können bereits auf die Unterstützung aus dreißig weiteren Ländern zählen. Der 9. November ist bereits seit Jahren der Aktionstag gegen Israels Apartheid-Mauer. An diesem Tag fiel die Berliner Mauer und diesmal jährt sich der Wahlsieg von Trump. Zusammen wollen wir eine Welt der Humanität, Solidarität und Kreativität, um die Probleme dieses Planeten zu lösen.

JAMAL JUMA

KOORDINATOR DER PALÄSTINENSISCHEN KAMPAGNE STOPPT DIE MAUER UND **MAREN MANTOVANI**, INTERNATIONALE KOORDINATORIN DER PALÄSTINENSISCHEN KAMPAGNE STOPPT DIE MAUER, ÜBERSETZUNG: HERMANN DIERKES

Deutschland

BESUCH IM KLOSTER CREMISAN

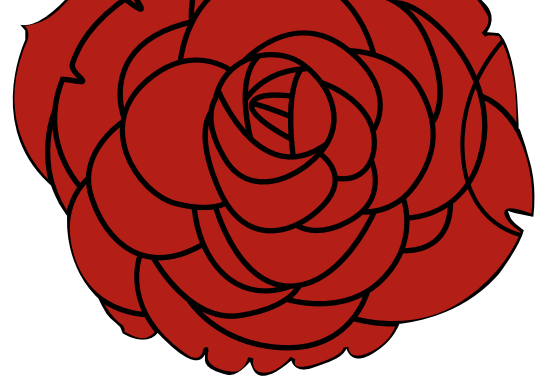
[] Nazih Musharbash hat das vom Mauerbau schwer betroffene Beit Jala besucht: Zu meiner Schulzeit in der evangelisch-lutherischen Schule in Beit Jala war das Salesianer-Kloster von Cremisan oft Ziel von Wandertagen. Das seit 1885 existierende und für seinen Wein berühmte Kloster liegt zwischen Beit Jala und Jerusalem. Seine fruchtbaren Ländereien mit Weinreben, Olivenhainen, Mandel- und Feigenbäumen grenzen zurzeit an zwei illegale israelische Siedlungen: Har Gilo und Gilo. Vom Kloster aus blickt man auf die beiden Kolonien und auf die riesige Brücke mit dem darunter liegenden Tunnel nach Beit Jala. Seit der Veröffentlichung einer Militärorder des israelischen Kommandeurs der Westbank von 2006 soll Grundbesitz des Klosters für den Bau von Ergänzungen der Trennmauer und für die Erweiterung der Siedlung Har Gilo beschlagnahmt werden. Alle möglichen Routen der Mauer betreffen wirtschaftlich bearbeitetes Land des Klosters. Das Tal, auf das ich blicke, ist ein einzigartiges Beispiel intakter historischer Kulturlandschaft, das bald zerschnitten und zerstört werden wird. Unangemeldet fahre ich zum Kloster und treffe dort auf zwei Pater, die mir alles zeigen, aber dezent Wert darauf legen, keine politischen Statements abgeben zu wollen. Sie kritisieren zwar die israelische Entscheidung, vertrauen aber zugleich auf einen internationalen Druck auf Israel. Die israelischen Maßnahmen betreffen auch Land von palästinensischen Landeigentümern, die traditionell ihre Trauben an das Kloster zur Weinherstellung liefern und zum Teil davon leben. Mit Tränen in den Augen berichtet Naim Zedan (78 Jahre), dass 75 seiner über 300 Jahre alten Olivenbäume wegen dieser Maßnahmen bald gerodet werden müssten. Vergeblich hatte sein Anwalt versucht, den israelischen Planern eine andere Alternative sogar auf dem eigenen Gelände anzubieten. Nach dem Bau der israelischen Trennmauer werden mehr als 50 Familien – überwiegend Christ*innen – und zwei Salesianer-Klöster ihr Land verlieren. Außerdem wird das Kloster der Salesianerinnen und deren Schule, die von mehr als 400 Kindern aus Dörfern in der Umgebung besucht wird, von Militär umgeben und abgetrennt sein.

NAZIH MUSHARBASH

FOTO // NAZIH MUSHARBASH



Blick von Cremisan auf die völkerrechtswidrigen Siedlungen



KRITIK AN REFORMATIONSDREI

[] Das Kairos Palästina-Solidaritätsnetz hat die „Gemeinsame Botschaft zum Abschluss der Pilgerreise“ im Jahr 2016 von EKD und Bischofskonferenz kritisiert. Es sei eher desorientierend, abstrakt von der Gewalt auf beiden Seiten zu reden und die „Fragilität des Friedens“ zu beklagen in einer Situation, „wo doch kein Friede ist“ (Jeremia 6,14).

„Wir bedauern die Allgemeinheiten der ‚gemeinsamen Botschaft‘, die den Frieden nicht fördern, Verstehen erschweren und die Empathie mit den gegenwärtigen Opfern herabsetzen werden“, heißt es in der Kairos-Stellungnahme.

Das Kairos Palästina-Solidaritätsnetz ist ein im Juli 2012 unter dem Dach von Kairos Europa e.V. ins Leben gerufener Zusammenschluss ökumenischer Gruppen, Netzwerke und Organisationen, die in Deutschland für Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina eintreten.

<http://kairoseuropa.de/kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/>

CINEMA JENIN GESCHLOSSEN

[] Cinema Jenin hat seine Türen für immer geschlossen. Für einen Weiterbetrieb konnte nicht mehr genügend Geld aufgebracht werden. Die Besitzer von Cinema Jenin haben entschieden, das Kino an einen Investor zu verkaufen, der ein Einkaufszentrum an seiner Stelle errichten wird. **„Dennoch, das Projekt Cinema Jenin war nicht umsonst“,** schreibt der Filmemacher Marcus Vetter, der über das Kino einen Film gedreht hat und bedankt sich bei allen, die geholfen haben, diesen einzigartigen kulturellen Ort zu schaffen. **„So viele Freundschaften und Beziehungen sind dabei entstanden, Freundschaften zwischen Menschen, die sich sonst nie getroffen hätten. Sie werden weiter bestehen.“**

Im Gästehaus geht vorerst der Betrieb weiter. Ein Großteil der Kino-Ausstattung geht an das Freedom Theater, um dort in einem kleineren Kino eingesetzt zu werden. Das Freedom Theater im Flüchtlingslager Jenin ist und bleibt ein lebendiger kultureller Treffpunkt in Jenin.

www.cinemajenin.org
www.thefreedomtheatre.org

BISCHOFSTREFFEN ZU BESATZUNG

[] Im seinem Abschlusskommuniké „Fünfzig Jahre Besatzung fordern zum Handeln auf“ hat das 17. Internationale Bischofstreffen der katholischen Kirche in Jerusalem vom Januar 2017 an den Skandal der Besatzung erinnert.

„Seit 1998 fordert unsere Koordinierungsgruppe jedes Jahr Gerechtigkeit und Frieden, doch das Leiden geht weiter. Deshalb muss unser Rufen lauter werden. Als Bischöfe bitten wir die Christen in unseren Heimatländern dringend, die eigene Verantwortung anzuerkennen – im Gebet, in der Bewusstseinsbildung und im Handeln ... Wir alle haben die Verantwortung, uns gegen den fortgesetzten Siedlungsbau zu wenden. Diese de facto-Annexion von Gebieten untergräbt nicht nur die Rechte der Palästinenser in Gebieten wie Hebron und Ostjerusalem, sondern gefährdet, wie auch die Vereinten Nationen zuletzt festgestellt haben, jede Friedenschance.“

Weiter geht es den Bischöfen um die Verantwortung den Menschen in Gaza gegenüber, um gewaltfreien Widerstand zu fördern, was angesichts von Ungerechtigkeiten wie dem fortgesetzten Bau der Trennmauer auf palästinensischem Boden (einschließlich des Cremisan-Tals) erforderlich sei und die Verantwortung für eine Zwei-Staaten-Lösung.

In der Bibel heißt es:

„Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig und ruft Freiheit für alle Bewohner des Landes aus!“ (Lev 25,10).

www.domradio.de/themen/weltkirche/2017-01-19/abschlusserklaerung-nach-der-bischofsreise-ins-heilige-land

GEW UND SIEDLUNGEN

[] Die AG Palästina/Israel in der GEW Rhein-Neckar-Heidelberg hat einen Offenen Brief an die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe verfasst. Die AG fordert von der GEW, dass diese im Gespräch mit israelischen Lehrergewerkschaften, die auch Aufgaben im Rahmen der illegalen israelischen Siedlungspolitik im besetzten Palästina übernehmen, diese Unterstützung für die Siedlungen kritisch anspricht. Die Lehrergewerkschaften Irgun HaMorim und Histadrut HaMorim vertreten auch die Interessen ihrer Mitglieder in den illegalen israelischen Siedlungen. Büros von Irgun HaMorim haben die Aufgabe übernommen, für Lehrer*innen in den illegalen Siedlungen besondere Vergünstigungen beim israelischen Erziehungsministerium auszuhandeln. **„Habt Ihr jemals selbstkritisch gefragt, ob die GEW durch Schweigen nicht selbst die illegale israelische Siedlungspolitik anerkennt?“** fragt die lokale GEW ihre Bundesvorsitzende.



Protest-Tour in Hebron

SOLIDARITÄT INTERNATIONAL UNTERSTÜTZT BDS

[] „Solidarität International“ (SI) hat sich dem Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2005 zur gewaltfreien und weltweiten BDS-Bewegung (www.bds-kampagne.de) angeschlossen. BDS will durch Boykott, Desinvestment (Kapitalentzug) und Sanktionskampagnen Israel veranlassen, seine Kolonialpolitik aufzugeben. Ziele dieser Bewegung sind: 1. Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer. 2. Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels auf vollständige Gleichberechtigung 3. Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, wie in UN-Resolution 194 festgelegt, auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren wollen.

USA AI-MITARBEITER EINREISE VERWEIGERT

[] Raed Jarrar, Nahost- und Nordafrika-Direktor von Amnesty International in den USA, wurde die Einreise nach Israel verweigert. Amnesty hatte vor kurzem die Forderung an die Regierungen der Welt veröffentlicht, Einfuhrverbote für Waren aus den Siedlungen zu erlassen.

KONGRESS-UNTERSTÜTZUNG FÜR ISSA AMRO

[] Der US-Kampagne für palästinensische Rechte ist es gelungen 32 Kongressabgeordnete und vier Senatoren zu gewinnen. Sie schrieben einen Brief an das Außenministerium und forderten, die US-Regierung solle sich bei der israelischen Regierung dafür einsetzen, dass die Anschuldigungen gegen den Menschenrechtsaktivisten Issa Amro aus Hebron fallengelassen werden.

Israel

PROTEST-TOUR IN HEBRON

[] Peace Now hat zusammen mit Knessetabgeordneten von der Meretz-Partei eine Protest-Tour in Hebron gegen die Siedlungsaktivitäten durchgeführt. Der Protest richtete sich gegen die Untätigkeit der Regierung, nachdem Siedler das Abu Rajab Haus (Beit HaMachpela) übernommen haben und gegen die Zusage, 31 neue Wohnungen in Hebron zu bauen.

<http://peacenow.org.il/en/>

Schweiz

PROTEST GEGEN NEUTRALITÄTSVERSTOSS

[] Die Gesellschaft Schweiz-Palästina verurteilt die bekannt gewordenen Besuche von Beamten des Bundesamtes für Rüstung (Armasuisse) auf dem von Israel seit 1967 besetzten syrischen Territorium des Golan. Das zuständige Verteidigungsdepartement (VBS) ist verantwortlich für diesen eklatanten Neutralitätsbruch.

Angeblieh „wussten“ die Verantwortlichen nicht, dass solche Besuche gegen die Schweizer Neutralitätspolitik verstießen. Dies ist nicht nur nicht glaubhaft, sondern zeigt, dass sich das VBS bei Rüstungsbeschaffungen in Israel keinen Deut um die Tatsache schert, dass Israel ein Besatzerstaat ist und den Golan illegal (wie auch Ostjerusalem) annektiert hat und die besetzten Gebiete völkerrechtswidrig besiedelt. Sämtliche Rüstungsbeschaffungen in Israel stellen gleichzeitig eine Unterstützung der Besatzungsmacht und ihrer Rüstungsindustrie dar. Letztere preist ihre Produkte als in Kriegen gegen die Palästinenser getestet an. Auch der vom Parlament bewilligte Ankauf von Drohnen in Israel verstößt somit gegen die offizielle Schweizer Neutralität.

www.palaestina.ch/index.php/de/

MEDIENEMPFEHLUNGEN



FILM // HUMORVOLL

【 】 Vor 30 Jahren, 1987, kam es zum ersten palästinensischen Volksaufstand (Intifada) gegen die israelische Besatzung. Die Bewohner des Westjordanlands verlangen lokale Alternativen zu israelischen Produkten – auch eigene Milch. Nachdem sie in einem israelischen Kibbuz 18 Kühe gekauft und in ihr Dorf gebracht haben, beginnen die Kuhzüchter, die Milch in der gesamten Region um Bethlehem zu vertreiben. Doch der Erfolg der Kooperative ruft die israelischen Behörden auf den Plan, die in der palästinensischen Milchproduktion eine Gefahr für die nationale Sicherheit sehen. Die Milch wird als »Intifada-Milch« legendär. Der Film des Palästinensers Amer Shomali

lässt israelische Militärs zu Wort kommen, vor allem aber die Aktivisten, die die Kooperative ins Leben gerufen haben, ihre Familien und alle, deren Leben durch diese wahre Geschichte verändert wurde. Humorvoll, intelligent und aufrichtig zeigt der Film die Kraft des friedlichen Widerstands und den Mut der Menschen in Palästina.

NAHOSTARCHIV HEIDELBERG

18 Kühe zwischen zwei Fronten

Film von Amer Shomali

Arte France, Bellota Films, Frankreich 2011, 72 Min., deutsch

<https://www.youtube.com/watch?v=GqCtE-CcD2w>



THEATER // SEHR EMPFEHLENSWERT

【 】 Dr. Izzeldin Abuelaish aus Gaza arbeitete an einem israelischen Krankenhaus. 2009 töteten zwei israelische Granaten in Gaza drei seiner Töchter und eine Nichte von ihm. Der aufgelöste Vater berichtete live im israelischen Fernsehen. Sein Schicksal ging um die Welt. Doch anstatt in Wut und Hass zu verfallen, ging er als Arzt nach Toronto, gründete eine Friedensstiftung und schrieb seine Geschichte: „Ich werde nicht hassen“. Michael Morgenstern, Schauspieler

aus Köln, führt die Geschichte in einer Monologfassung von Silvia Armbruster und Ernst Konarek als Theaterstück auf. Er ist bereit, auch in andere Städte zu kommen. Ich kann das Stück sehr empfehlen!

MARTIN BREIDERT

„Ich werde nicht hassen“ von Izzeldin Abuelaish

Ali Jalaly Ensemble, Telefon: 0221-4849379

www.alijalaly-ensemble.de



FOTOKALENDER // 2018

【 】 Der DIN-A3-Fotokalender für 2018 enthält 13 Bilder aus Palästina von Ursula Mindermann auf hochwertigem Papier und kostet 25 € plus 4 € Versandkosten pro Bestellung. Er zeigt Alltagsszenen, Graffiti an der Mauer und Stillleben. Pro Kalender wird die

Arbeit der Hebroner Menschenrechtsorganisation Youth Against Settlements mit 8 € unterstützt.

RÖM

Bestellungen an: u.mindermann@web.de.



FILM // BERLINALE-PREISGEKRÖNT

【 】 Getrieben von den Geistern, die ihn verfolgen, versammelt der palästinensische Regisseur Raed Andoni eine Gruppe von Ex-Gefangenen, um das wichtigste Vernehmungszentrum Israels, das Al-Moskobiya in Jerusalem, nachzustellen, in dem er selbst im Alter von 18 Jahren eingesperrt gewesen war. Tag um Tag versuchen die Bauarbeiter, ein Schmied, ein Architekt und ein Regieassistent ihre Erinnerungen aufzuarbeiten, wie sie mit Durchhaltewillen und

einem Sinn für Humor überlebten. Innerhalb der nachgebildeten Wände der Zellen lösen sich die Zungen und die Emotionen. „Ghost Hunting“ erhielt bei der Berlinale 2017 den Dokumentarfilmpreis.

RÖM

Ghost Hunting (2017), Regisseur: Raed Andoni

Frankreich / Palästina / Schweiz / Katar 2017

Arabisch, Englisch, Dokumentarische Form, 94 Min.



KALENDER // IMMERWÄHREND

【 】 Einen DIN-A3-Geburtskalender mit palästinensischen Rezepten hat die Initiative Flüchtlingskinder im Libanon herausgebracht. Die Fotos aus dem Libanon stammen von jungen palästinensischen Fotograf*innen, der Kalender wurde im Rahmen eines Schulprojekts der Klasse „Mediendesign“ an der Kerscheneister Schule in Reutlingen gestaltet. Der Erlös

aus dem Verkauf des Kalenders fließt in die Projekte des Vereins.

RÖM

Bestelladresse

SAHTEIN - Guten Appetit, 15 € zzgl. 5 € Versandkosten

Ines Dieffenbacher, Tel.: 0151/149 024 65

idedffenbacher@lib-hilfe.de



BUCH // KONTRÄR ZUM WESTL. DENKEN

【 】 Das Buch des Direktors des Arabischen Medienprojektes an der Universität von Cambridge gehört zu den besten, weil es nicht der ideologisch-propagandistischen Rhetorik der politischen Machtstrategen zu Diensten ist. Es beruht auf einer Frage-und-Antwort-Abfolge. Hroub beschreibt in 13 Kapiteln die Geschichte der Hamas, ihre Ideologie, Strategie und Ziele, die Organisationsstruktur, die politische, soziale und militärische Strategie, das Verhältnis zum Judentum, zu Israel, zum Westen, zum „internationalen Islamismus“

und die Hamas an der Macht sowie ihre Zukunft nach dem Gaza-Massaker 2008/09 durch die israelischen Besatzungstruppen. Hroub weist immer wieder auf den Pragmatismus der Hamas hin. Das Buch steht somit völlig konträr zu dem, was im Westen über die Hamas gedacht, geglaubt und geschrieben wird.

LUDWIG WATZAL

Khaled Hroub: Hamas – Die islamische Bewegung in Palästina

Aus dem Englischen von Michael Schiffmann

256 Seiten, Palmyra Verlag, 2011, 17,90 €

BUCH // DRUCKFRISCH

[] In diesem Buch werden der Siedlungsbau, die Situation von Kindern in israelischen Gefängnissen, die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Checkpoints und Mauer, die Lage in Gaza, die Rolle der UNO und der Abbau demokratischer Rechte in Israel und Palästina erörtert. Um die öffentliche Debatte der israelischen Menschen- und Völkerrechtsverstöße zu verhindern, werden in Europa mit haltlosen Antisemitismusvorwürfen Kampagnen gegen Veranstaltungen, Publikationen und Personen geführt. Insofern geht es auch um Meinungsfreiheit und

Demokratie bei uns selbst. Die Autorinnen und Autoren aus Israel, Palästina, den USA und Deutschland zeigen die Legitimität des zivilen Widerstands gegen die Verletzung von Völkerrecht und Menschenrechten auf. Sie wollen zu einer Versachlichung der emotional aufgeladenen Debatte beitragen.

JÜRGEN SENDLER

Groth, Annette / Paech, Norman / Richard Falk (Hg.): Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung – Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt
284 Seiten, PapyRossa, 2017, 17,95 €

BUCH // FAKTENREICH

[] „Palästina – Hundert Jahre leere Versprechen“ ist ein Buch, das gut lesbar, spannend und faktenreich informiert. Nach einer hilfreichen Einführung von Fritz Edlinger zoomt Petra Wild in den Beiträgen „Vom Basler Kongress 1897 bis zur Balfour-Deklaration 1917: Die Anfänge des Zionismus“ und „Geschichte der Besatzung der Westbank und des Gazastreifens“ näher an die Problematiken. Roger Heacocks Rückblick ergänzt dies mit „Revolte auf lange Sicht: Intifada“. Klärend dazu liefert Tariq Danas mit „Zwei gegensätzliche Versionen von Zivilgesellschaft“ und Nur Arafah mit „50 Jahre

koloniales Wirtschaftsverhältnis“ zwei weitere Beiträge. Mit „BDS für Menschenrecht: Die Köpfe dekolonisieren“ schafft Omar Barghouti Rechtssicherheit beim Thema „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“. „Es ist Zauberei!“ von Miko Peled räumt mit verbreiteten Behauptungen der Israelis auf und schreibt, was gemacht werden müsste.

HANSPETER STALDER

Edlinger, Fritz (Hg.): Palästina – Hundert Jahre leere Versprechen. Geschichte eines Weltkonflikts
203 Seiten, Promedia, 2017

WANDER-AUSSTELLUNG // FRIEDEN

[] Eine neue Wander-Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“ hat die Nürnbergerin Elisabeth Gollwitzer entwickelt. Die Therapeutin hat dabei ihren systemischen Ansatz mit eingebracht. Die Inhalte der Tafeln sind kurz gefasst, aber inhaltsstark, gut bebildert und schön gestaltet. Die Ausstellung ist in vier Themenbereiche gegliedert: Wie sich der Palästinakonflikt entwickelt hat, welcher Logik die Auseinandersetzung folgt, wie sich der Konflikt weiter zuspitzt, welche Lösungen sich zeigen und was wir zu ihrer Umsetzung tun können.

Die Ausstellung kann kostenlos (exkl. Speditionskosten und Spenden) ausgeliehen werden. Sie besteht aus 17 Rollups und kann deshalb überall aufgestellt werden. Die Tafeln für eine Präsentation können beliebig zusammengestellt werden. Ein Begleitheft enthält die Texte und Bilder der Tafeln sowie Buchempfehlungen (4 € plus Versandkosten 1,50 €).

RUDOLF SCHÄR

Kontakt: kontakt@friedeninpalaestina.de

AUSSTELLUNG // KUNSTPROJEKT

[] IRGENDWO – Places and Spaces in Palästina Studierende der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft zeigen Malerei, Fotografie, Zeichnung und Videos zum Kunstprojekt „Places & Spaces – Palästina 2017“. Im Rahmen des Projektes in Kooperation mit dem Fine Arts Department / Al Quds Universität Abu Dis fanden Interventionen und Performances im öffentlichen Raum im Westjordanland/Palästina statt.

RÖM

<https://www.alanus.edu/studium/fachbereiche-gebiete/bildende-kunst/projekte/projekte-details/details/places-and-spaces-palaestina.html>

**KONZERT // AUFTRITT IN RUINEN**

[] Nachdem der IS sein Klavier verbrannte und ihn mit dem Tod bedrohte, floh er nach Deutschland. Aeham Ahmad wuchs als Palästinenser im Flüchtlingslager Jarmuk in Damaskus auf. Mit fünf begann er Klavier zu spielen und studierte später in Homs. Als er nach Jarmuk zurückkehrte, kämpften dort der IS und die Truppen Assads gegeneinander; Monatelang spielte Ahmad in den zerbombten Straßen. Mit seinen Liedern wollte er den verbliebenen Bewohner*innen und vor allem den unter Hunger leidenden Kindern ein wenig Menschlichkeit,

Hoffnung und Würde zurückgeben. Die Videos von diesen Auftritten bescherten ihm über die sozialen Netzwerke internationale Aufmerksamkeit. Ahmad spielt eigene Kompositionen – u.a. Vertonungen von Gedichten des palästinensischen Dichters Mahmoud Darwish – und klassische Stücke.

GISELA SIEBOURG

**Konzertanfragen: <http://www.aeham-ahmad.com/de/kontakt/>
michael.stein@palastpromotion.de
Aeham Ahmad in Jarmuk, Foto: Niraz Saied**





Sie sagte: geht nach draußen zum Spielen,
aber werft keinen Ball in die Nähe von Soldaten.
Wenn ein Jeep vorbeifährt, schaut auf den Boden
Und hebt keine Steine auf; auch nicht fürs Hüpfspiel.

Sie sagte: ärgert die Nachbarn nicht; ihr Sohn wurde letzte Nacht verhaftet.
Hängt die Wäsche auf, macht die Betten, schrubbt die Graffiti von den Wänden,
bevor die Soldaten sie sehen.

Sie sagte: es gibt kein Geld, wenn euch die Schuhe drücken,
schneidet sie vorne auf.

Dies haben wir zum Essen; bis morgen gibt es nichts mehr.

Nein, wir haben keine Orangen; sie haben die Bäume abgesägt.

Ich weiß nicht warum. Vielleicht haben die Bäume die Panzer bedroht.

Sie sagte: es gibt kein Wasser – wir baden erst nächste Woche wieder;
so Gott will.

Bis dahin spülen wir auch die Toilette nicht.



Was sie sagte

„In Palästina gibt es keine Schneetage;
aber Tage mit militärischer Invasion.“



Geht nicht in die Nähe der Olivenbäume; dort sind Siedler mit Waffen.

Nein, ich weiß nicht, wie wir die Oliven ernten werden

Und ich weiß auch nicht, was wir tun werden, wenn sie die Olivenbäume zerstören werden.

Gott wird uns versorgen, wenn er will oder die UNWRA,
aber sicher nicht die Amerikaner.

Sie sagte: ihr könnt heute nicht nach draußen gehen, es ist Ausgangssperre.

Geht auch nicht in die Nähe dieser Fenster; hört ihr das Schießen?

Nein, ich weiß nicht, warum die Bulldozer das Haus der Nachbarn zerstörten.

Und wenn Gott es weiß wird er es uns nicht erzählen.

Sie sagte: heute ist keine Schule. Es gibt wieder eine militärische Invasion.

Nein, ich weiß nicht, wann sie zu Ende sein wird oder ob überhaupt.

Sie sagte: denkt nicht über die Panzer, die Flugzeuge, die Kanonen nach oder darüber,
was den Nachbarn geschehen ist.

Kommt in den Flur. Hier ist es sicherer.

Macht die Nachrichten aus, ihr seid zu jung dafür.

Hört zu, ich werde euch eine Geschichte erzählen, damit ihr nicht so erschreckt.

Kan ya ma kan – es war einmal ein Land, das Palästina hieß; oder gab es dies gar nicht?

Dort spielten Kinder auf den Straßen und in den Feldern, auch in den Obstgärten –
sie pflückten Aprikosen und Mandeln und machten Girlanden aus Jasmin für ihre Mütter.

Und wenn einmal ein Flugzeug über ihre Köpfe flog, schrien sie fröhlich und winkten.

Kan ya ma kan – haltet euren Kopf nach unten!

LISA SUHAIR MAJAJ,

AUS DEM ENGLISCHEN VON

ELLEN ROHLFS

LISA SUHAIR MAJAJ

IST EINE AMERIKANISCH-

PALÄSTINENSISCHE DICHTERIN,

DIE AUF ZYPERN LEBT.



Hebron helfen



PROJEKTHILFE

FOTO // RÖM



Auf den Drahtnetzen sammelt sich der Müll der jüdischen Siedler.

BITTE
UNTERSTÜTZEN
SIE MIT EINER
SPENDE DIE
MENSCHEN IN
HEBRON.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Hebbron, 35 km südlich von Jerusalem gelegen, ist die zweitgrößte Stadt im besetzten Palästina. Hebron, arabisch al-Khalil (Der Freund Gottes) ist eine Stadt mit langer Geschichte und großer Tradition. Hier liegt das Grab Abrahams, heilig für Juden, Christen und Muslime. Durch den seit Jahrzehnten andauernden Siedlungsbau innerhalb und außerhalb der Stadt und die verhängte Isolierung finden traditionelle Produkte wie Töpferwaren, Keramik, Lederartikel, Seife und Stickereien kaum Absatz. Zudem wird der Alltag durch einen alarmierenden Anstieg von Siedlergewalt, die vom Militär geduldet wird, erschwert, so dass bereits 42% der Bewohner ihre Wohnungen verlassen mussten. Unter dem Vorwand, die rund 800 orthodox-radikalen Juden direkt im Stadtzentrum und die knapp 8.000 Siedler in der nahegelegenen Kolonie

schützen zu müssen, praktiziert das israelische Militär eine radikale Trennung von Juden und Arabern.

Traditionell über den Verkaufsläden liegende Wohnungen im alten Bazar werden mittlerweile von jüdischen Kolonisten beschlagnahmt und bewohnt. Hausmüll und Unrat werden auf die palästinensischen Passanten und Touristen herunter geworfen. Auf den Drahtnetzen über den Straßen im Bazar sammelt sich der Müll der jüdischen Siedler. Palästinenser, die die Vordereingänge ihrer eigenen Häuser nicht benutzen dürfen, müssen über die Fenster auf der Rückseite ihrer Wohnungen einsteigen oder über die Dächer klettern. Die Ausgangssperren, die die israelische Armee regelmäßig über die Palästinenser verhängt, machen zudem jegliches normale Leben unmöglich.

Es ist bewundernswert wie palästinensische Jugendliche darauf reagieren.

Sie wollen einen Teil ihrer trostlos gewordenen Stadt und eine zum Sterben verurteilte Straße wieder beleben. Allen Schwierigkeiten zum Trotz arbeitet „Jugend gegen Siedlungen/Youth Against Settlements“ gewaltlos und zielstrebig gegen diese erdrückenden Umstände.

Mit Ihrer Hilfe wollen wir die Arbeit von „Youth Against Settlements“ (YAS) unterstützen.

Um das Leben in der Altstadt von Hebron ansatzweise zu verbessern, verlassene Wohnungen instand zu setzen und die al-Shuhada-Straße zu reaktivieren, werden viele Mittel benötigt. Dazu bitten wir um eine Spende, die steuerrechtlich bescheinigt wird.

Viele Grüße

NAZIH MUSHARBASH
DPG-PRÄSIDIUM

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „YAS“, Sparda West, BIC: GENODE1SPK, IBAN: DE63 3706 0590 0600 3392 10.

Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung (ab einem Überweisungsbetrag von 100 €) zusenden können.

Ahlam Shibli

Ohne Titel (Occupation no. 1), al-Khalil/Hebron, Palästina, 2016–17, Chromogener Abzug, 100 x 150 cm.



Islamischer Friedhof, al-Shuhada-Straße, Hay al-Yahud/Avraham Avinu Siedlung, Altstadt, nördlicher Teil der Stadt, al-Khalil, 25. Dezember 2016.

Blick vom al-Rahma Hügel. Juden haben freien Zugang zur al-Shuhada-Straße; für Palästinenser ist der Zugang nur möglich, wenn sie Anwohner sind, die von der israelischen Armee (IDF) am Checkpoint registriert sind – und nur zu Fuß. Sie müssen ihre Registrierung jedes Jahr erneuern. Alle palästinensischen Läden auf der al-Shuhada-Straße und in der Hay-al-Yahud/Avraham-Avinu-Siedlung sind per israelischer Militärorder geschlossen. Infolge ständiger Schikane durch israelisches Militär und Siedler sind die meisten palästinensischen Häuser verlassen.

Courtesy der Künstlerin, © Ahlam Shibli